

PRESSERAT

Beschwerde erfolgreich

SEITE 7

GEGEN DISKRIMINIERUNG

Gesetz heiß umstritten

SEITE 13

15 JAHRE LSVD

Wie alles begann

SEITE 14

GEDENKORT FÜR NS-OPFER

Wettbewerb startet

SEITE 18

PLAKATKAMPAGNE

Çigdem ist lesbisch
– Vera auch

SEITE 21

DIE KRAFT DER TOLERANZ

Interview mit
Gustav Seibt

SEITE 10



Bewegung bei der CSU?

Bayerns Justizministerin Beate Merk
im Gespräch über die Lesbian- und Schwulenpolitik ihrer Partei

POLITIK

- 08 Bewegung bei der CSU?**
Interview mit der bayerischen
Justizministerin Beate Merk
- 10 Die Kraft der Toleranz**
Interview mit dem Historiker
Dr. Gustav Seibt
- 13 Gegen Diskriminierung**
Gesetz heiß umstritten
- 14 15 Jahre LSVD**
Wie alles begann
- 18 Gedenkort für NS-Opfer**
Wettbewerb startet
- 18 Forum Menschenrechte**
Sensibilisierung für Lesben
und Schwule

MEINUNG

- 17 Für eine Kultur
des Respekts**
Gastkommentar der
Frauenrats-Vorsitzenden
Brunhilde Raiser
- 17 Kompetenzthema
ohne Konzept**
Kommentar von Axel Hochrein

LÄNDER

- 20 Feier zum 15. Geburtstag**
Empfang in Magdeburg
- 20 Neujahrsempfang**
LSVD Hessen lud ins Pulse
- 21 Çigdem ist lesbisch**
Kampagne in Berlin

PROJEKTE

- 22 Gegen Gewalt**
Schwule Überfalltelefone
in Köln und Berlin
- 23 „Respect-Gaymes“**
Neues Projekt in Berlin

RUBRIKEN

- 02 Impressum**
- 03 Editorial**
- 06 News**
- 16 Pressespiegel**
- 19 Bücher**
- 24 Adressen**
- 26 Nachrufe**

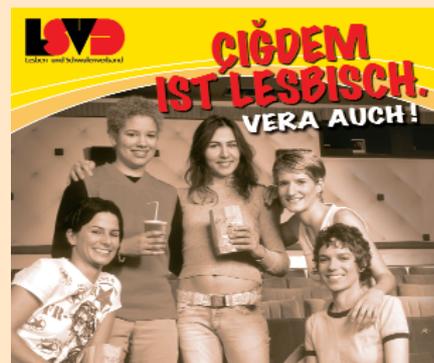
8



10



21



IMPRESSUM!

Respekt • Zeitschrift für Lesben- und Schwulenpolitik,
ehemals Rundgespräch.

Herausgegeben vom Lesben und Schwulenverband in Deutschland (LSVD) e.V.

Chefredakteur: Alexander Zinn (V.i.S.d.P.) • **Mitarbeiter dieser Ausgabe:** Rebekka Schneider, Günter Dworek, Eduard Stapel, Axel Hochrein, Brunhilde Raiser, Jörg Litwinschuh, Philipp Braun, Antje Ferchau, Martin Pfarr, Ralf Harth, Eckehard Kunz • **Grafik & Layout:** Tom Benzing • **Titeloto:** H.-R. Schulz • **Druck:** Solo Druck, Köln.

Redaktionsanschrift: LSVD-Pressestelle, Willmannsdamm 8, 10827 Berlin • **Fon:** (030) 789 54 778, **Fax:** (030) 789 54 779 • **E-Mail:** presse@lsvd.de, **Internet:** www.lsvd.de • **ISSN** 1431-701X.

Es gilt die Anzeigenpreisliste vom 1. Februar 2005.

Für unverlangt eingesandtes Bild- und Tonmaterial wird keine Haftung übernommen. Namentlich gekennzeichnete Beiträge, Anzeigen und Werbebeilagen geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.



Appetit auf mehr



Rebekka Schneider
Bundessprecherin des LSVD

Als unser Verband 1990 gegründet wurde, war ich gerade neun Jahre alt. Jetzt wird der LSVD fünfzehn. Seit 2001 bin ich mit dabei. Außenstehende verstehen oft nicht, warum wir weiterhin für unsere Interessen kämpfen müssen. Ich höre oft die Frage: „Was wollt ihr denn noch? Ihr könnt doch heiraten und den gleichen Namen tragen, reicht das denn nicht?“

Es scheint vielen zu reichen – mir reicht es nicht. Ich engagiere mich im LSVD, weil ich in einer Gesellschaft leben möchte, in der Lesben und Schwule wirklich gleichgestellt sind. Und das ohne Abstriche! Ohne Benachteiligung! Ohne Diskriminierung, Hass und Gewalt!

Diese Utopie mag mancher als jugendlichen Übermut abtun. Doch was wären wir ohne Zukunftshoffnungen? Auch mit fünfzehn hat man noch Träume. Und dass sich Träume verwirklichen lassen, zeigt die Geschichte des LSVD: Als unser Verband im Jahr 1992 die „Aktion Standesamt“ startete, glaubte kaum einer daran, dass sich lesbische und schwule Paare in naher Zukunft wirklich das Ja-Wort geben können. Aber wir haben es durchgesetzt.

Als ich fünfzehn war, fühlte ich mich schon fast erwachsen. Und trotzdem war ich noch am Suchen. Auch in unserem Verband wird jetzt diskutiert: Wie geht es mit der Lesben- und Schwulenpolitik in Deutschland weiter? Was kommt nach der Lebenspartnerschaft? Denn am Ziel sind wir noch lange nicht. Volle Gleichstellung, „Homo-Kunde“ im Schulunterricht, der Christopher-Street-Day ein bundesweiter Feiertag, eine lesbische Bundespräsidentin – wir sollten uns Visionen nicht verbieten lassen!

Für mich begann mit dem 15. Geburtstag eine total schöne Zeit. Im Teenageralter hat man die aufregendsten Ideen, macht ständig neue spannende Erfahrungen. Sicher, es gibt bisweilen auch Enttäuschungen, aber doch auch viele wunderschöne Erlebnisse. Auch für den LSVD kommen noch spannende Jahre, mit dem LSVD gibt es noch viel zu erleben. Wir sind stolz auf das, was wir bereits erreicht haben. Und wir haben Appetit auf mehr. Der LSVD ist immer noch ein junger Verband. Er muss in Zukunft noch stärker auch ein Verband der Jugend werden. Wir arbeiten daran.

R. Schneider

Liebe Leserinnen und Leser,

in Ihren Händen halten Sie die neue Verbandszeitschrift des LSVD. Gewissermaßen ein Geburtstagsgeschenk, das wir uns selbst zu unserem 15. machen. „Respekt“ löst das gute alte Rundgespräch ab, das uns über viele Jahre hinweg begleitet hat. Mit Respekt gönnen wir uns ein neues, ansprechendes Layout. Und ein neues Konzept. Wir nehmen uns die Freiheit, über den eigenen Tellerrand zu schauen. Denn Respekt soll nicht nur Mitgliederzeitschrift sein. Mit Respekt wollen wir alle erreichen, die sich für Lesben- und Schwulenpolitik interessieren.

Natürlich ist der Name Programm. Respekt ist parteiisch! Wie der LSVD wird sich die Zeitschrift gegen Diskriminierung und für die Gleichstellung von Lesben, Schwulen und ihren Lebensformen einsetzen. Aber sie wird auch andere Stimmen zu Wort kommen lassen, so wie es der Respekt gegenüber anderen Menschen und Ansichten gebietet.

Zum Geburtstag unseres Verbandes, für die erste Ausgabe von Respekt, haben wir Politikerinnen und Politiker aller Parteien gebeten, ein Grußwort zu schreiben. Schauen Sie, wer uns geschrieben hat und lesen Sie, wie man den LSVD sieht...

Alexander Zinn, Pressesprecher des LSVD



Franz Müntefering, Vorsitzender der SPD

Sie feiern in diesem Jahr den 18. Februar 1990, den Tag, als der „Schwulenverband in der DDR“ gegründet wurde. Diese Gründung war eine große Leistung, die wenige Jahre zuvor nicht möglich gewesen wäre. Homosexuelle wurden von der Stasi überwacht. Viele von Ihnen haben damals trotz persönlicher Gefährdungen die Bürgerbewegung gegen das SED-Regime mitgetragen. Politisch ist der LSVD in den vergangenen fünfzehn Jahren ein wichtiger Motor für die Erfolge der Gleichstellungs- und Antidiskriminierungspolitik gewesen.

Diskriminierung und Benachteiligung gibt es leider nach wie vor in dieser Gesellschaft. Mit dem Antidiskriminierungsgesetz wollen wir Benachteiligungen da eindämmen, wo es mit den Mitteln des Gesetzes möglich ist. Diskriminierungen wegen Herkunft, Glauben, Geschlecht und auch wegen geschlechtlicher Orientierung gehören nicht in moderne Gesellschaften in Deutschland und in Europa. Sie zu bekämpfen ist die Aufgabe der Politik und der Gesellschaft insgesamt. Ich bin sicher, dass der Lesben- und Schwulenverband dabei auch in Zukunft mithelfen wird.



Claudia Roth, Vorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen

Der LSVD blickt auf eine erstaunliche Verbandsgeschichte zurück. Aus der DDR-Bürgerrechtsbewegung stammend fing er als Schwulenverband (SVD) an. Heute ist der LSVD eine bundesweit führende Kraft in der Lesben- und Schwulenpolitik. In früheren Zeiten haben Regierungen und Parlamente über die Köpfe von Schwulen und Lesben hinweg entschieden, ohne sie überhaupt anzuhören. Dass dem heute nicht mehr so ist, das ist auch ein Verdienst des LSVD.

Der LSVD wird auch weiter dringend gebraucht. Noch ist die rechtliche Gleichstellung nicht erreicht. Es gibt immer noch Fälle von Diskriminierung und Ausgrenzung, es gibt weiter gesellschaftliche Sperrgebiete, in denen offen lebende Lesben und Schwule unerwünscht sind. Das dürfen wir nicht dulden. Für den LSVD bleibt viel zu tun – in Deutschland, in Europa und weltweit. Ich wünsche dem Verband im besten Sinne ein „Weiter so!“ Ich bin mir sicher: Meine Beiträge als förderndes Mitglied sind gut angelegt.



Cornelia Pieper, Generalsekretärin der FDP

Die vergangenen 15 Jahre haben für Schwule und Lesben in Deutschland enorme Fortschritte gebracht. Gestiegene Präsenz in der Öffentlichkeit und zunehmende gesellschaftliche Akzeptanz gehen Hand in Hand. Homosexuelle sind einem normalen Leben, das sie ebenso selbstbestimmt ausgestalten können wie jeder andere auch, einen großen Schritt nähergekommen.

Es gibt leider noch viele Bereiche, in denen längst nicht alles getan ist. Für Adoptionen muss gelten: Allein das Wohl des Kindes zählt. Für das Steuerrecht muss gelten: Der Gesetzgeber darf keinen künstlichen Abstand zwischen der einen und der anderen Verantwortungsgemeinschaft schaffen.

Hier sollten alle Bürger ihren Teil beitragen. Der LSVD tut dies seit nunmehr 15 Jahren. Ich gratuliere zu dieser Arbeit – und zu deren Erfolgen. Auch wir Liberale werden weiter streiten. Unsere Devise dabei lautet: „Die FDP kämpft nie für Sonderrechte einzelner Gruppen. Liberale streiten stets für die Freiheit aller Bürger.“



Lothar Bisky, PDS-Parteivorsitzender

Zum 15jährigen Jubiläum des Lesben- und Schwulenverbandes in Deutschland übermittle ich Ihnen meine herzlichsten Glückwünsche und meine besten Wünsche für eine weitere erfolgreiche Arbeit. Der LSVD, hervorgegangen aus dem zur Wendezeit gegründeten Schwulenverband in der DDR, kann auf eine erfolgreiche Arbeit in den vergangenen 15 Jahren zurückblicken. Bei allen gelegentlichen Unterschieden in der konkreten politischen Umsetzung verbindet die PDS mit dem LSVD das Streben nach einer Gesellschaft, die frei ist von Diskriminierung aufgrund unterschiedlicher sexueller Identität.

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen noch einmal alles Gute für eine erfolgreiche Entwicklung des LSVD.

Matthias Platzeck, Präsident des Bundesrates, Ministerpräsident von Brandenburg

Es ist mir eine besondere Freude, dem Lesben- und Schwulenverband in Deutschland e. V. zum 15-jährigen Bestehen sehr herzlich zu gratulieren. Aus den Anfängen im Jahr 1990, als Sie sich in Leipzig als „Schwulenverband der DDR“ gründeten, ist mittlerweile die bundesweit größte Organisation von Schwulen und Lesben geworden.

Vieles hat sich für die Lesben und Schwulen in Deutschland in den vergangenen Jahren zum Besseren gewendet. Nicht zuletzt auch auf Grund Ihres Einsatzes. Dass Sie diese Arbeit im Wesentlichen ehrenamtlich bewältigen, verdient besondere Anerkennung.

Eine Gesellschaft kann nur existieren, wenn jeder Einzelne sich für die Gemeinschaft engagiert, für sich und seinen Nächsten eintritt, nicht wegschaut, wo Unrecht geschieht, sondern hilft, Missstände zu beseitigen. Nicht nur auf das Handeln des Staates zu warten, sondern selbst aktiv zu werden, ist vornehmste Bürgerpflicht.

Sie nehmen diese Pflicht ernst und erfüllen sie in vorbildlicher Weise. Sie haben schon viel erreicht, doch bleibt auch immer noch viel zu tun. Ihre Initiative, Ihre Leistungsbereitschaft und Ihr Engagement werden weiterhin gebraucht. In diesem Sinne wünsche ich dem LSVD Glück und Erfolg auf seinem Weg.



Renate Schmidt, Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Der Lesben- und Schwulenverband feiert dieses Jahr seinen 15. Geburtstag. Gern nutze ich die Gelegenheit, den im Verband Engagierten für ihre Arbeit im Interesse der Homosexuellen und ihrer Familien zu danken. Sie treten offensiv ein für mehr Toleranz und Akzeptanz homosexuellen Lebens. Damit leisten Sie einen wichtigen Beitrag, um ein gesellschaftliches Umdenken weiter zu befördern. War homosexuelle Lebensweise und Elternschaft bislang für weite Teile der Gesellschaft, einschließlich der Homosexuellen, kaum vorstellbar, leben heute in gleichgeschlechtlichen Lebensgemeinschaften auch Kinder. Insbesondere jüngere homosexuelle Frauen und Männer wollen im Unterschied zu den Generationen vor ihnen Kinder und versuchen, ihren Kinderwunsch auch zu erfüllen. Alle Lebensformen, in denen Menschen füreinander Verantwortung übernehmen, verdienen Achtung, Toleranz und Unterstützung. Das gilt auch für Familien gleichgeschlechtlicher Partner.

Für Homosexuelle ist mit dem Inkrafttreten des Lebenspartnerschaftsgesetzes zum 1. August 2001 ein großer Schritt hin zur gesellschaftlichen Anerkennung ihrer Lebensgemeinschaften erreicht worden. Neben rechtlichen Regelungen ist es aber gerade auch die Arbeit der Verbände – und hier nicht zuletzt auch des LSVD –, die zur Anerkennung Homosexueller wesentlich beiträgt.



Ole von Beust, 1. Bürgermeister der Hansestadt Hamburg

Neben seinem Einsatz für gleiche Bürgerrechte leistet der LSVD als Selbsthilfe- und Solidarverband auch Sozialarbeit. Durch umfangreiche Beratungs- und Hilfsangebote setzt er sich in allen Problemsituationen für die Belange der Homosexuellen ein. Offenheit, Toleranz und Respekt sollen in Zukunft nicht nur weiterhin unsere Stadt charakterisieren, sondern auch deutschland- und europaweit angestrebt werden. Die Vielfalt der Lebensformen muss respektiert und aktiv unterstützt werden. Dazu gehört auch, die Besserstellung von gleichgeschlechtlichen Partnerschaften durchzusetzen und gesetzlich zu verankern.

Der LSVD leistet mit seiner Arbeit einen wichtigen Beitrag für mehr Toleranz und Respekt gegenüber Lesben und Schwulen. Ich gratuliere dem LSVD zu seinem Verbandsjubiläum und wünsche ihm für die Zukunft alles Gute und weiterhin viel Erfolg.



Peer Steinbrück, Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen

Seit der Gründung des SVD im Jahre 1990 hat sich bei der Rechtsstellung der Schwulen und Lesben in unserem Lande viel zum Guten bewegt. Ich erinnere nur an die jüngsten Gesetze: an das Lebenspartnerschaftsgesetz, an das Lebenspartnerschaftsüberarbeitungsgesetz (welch schwieriger Name für eigentlich ganz selbstverständliche Inhalte) und an das Antidiskriminierungsgesetz. Ich denke, dass diese rechtlichen Regelungen die Lebenswirklichkeit ein gutes Stück verbessert haben und verbessern werden.

Der LSVD hat in den nunmehr 15 Jahren seines Bestehens immer wieder gute und wichtige politische Themen aufgegriffen und Anregungen gegeben, für die die Landesregierung dankbar ist. Ich wünsche dem LSVD, dass er seine Arbeit auch in den kommenden Jahren konstruktiv und kraftvoll weiterführt, wie er das in den vergangenen Jahren getan hat.



Klaus Wowereit, Regierender Bürgermeister von Berlin

Besonders bei der Gleichstellung homosexueller Lebensgemeinschaften und mit dem Eintreten für eine moderne Antidiskriminierungsgesetzgebung hat der LSVD wichtige Impulse gegeben. Damit zeigt der LSVD, dass Lesben und Schwule nicht nur ein buntes Völkchen, sondern eine politisch, sozial und kulturell vielseitig interessierte und aktive Community sind. Der LSVD artikuliert den berechtigten Anspruch der Lesben und Schwulen auf gleichberechtigte Partizipation und Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und ihre selbstverständliche Repräsentanz in den gesellschaftlichen Institutionen.

Ich wünsche dem LSVD weiterhin viel Erfolg bei seinen zahlreichen Aktivitäten und dieser Zeitschrift „Respekt“ zahlreiche Leser, die den Titel beim Wort nehmen.



Mahnwache für Hatun Sürücü

Rund 200 Menschen kamen am 22. Februar zu einer Mahnwache für Hatun Sürücü. Die 23-Jährige war am 7. Februar in Berlin auf offener Straße erschossen worden. Sürücü wurde offenbar Opfer eines so genannten „Ehrenmordes“. Verhaftet wurden die drei Brüder, denen ihr emanzipierter Lebensstil missfallen haben soll.

Der LSVD Berlin-Brandenburg hatte zu der Mahnwache aufgerufen, um ein Zeichen zu setzen gegen „ein archaisches Verständnis von Familienehre, das ein selbstbestimmtes Leben von Frauen, oder auch von Lesben und Schwulen ausschließt“.

Unter den Teilnehmern war auch die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration, Marieluise Beck. In einer Ansprache forderte sie die Migrantenverbände auf, sich in ihren Communitys für das Selbstbestimmungsrecht von Frauen, Lesben und Schwulen zu engagieren.



Mahnwache: LSVD rief zu Trauerkundgebung für Hatun Sürücü.

Foto: A. Zinn

Scharfe Kritik am Papst

Der LSVD hat das neue Papst-Buch scharf kritisiert. LSVD-Sprecher Manfred Bruns sagte, es sei „bestürzend, mit welchem aggressivem Hass sich der Papst gegen die Bürgerrechte von Lesben und Schwulen wendet“.

In dem neuen Buch „Erinnerung und Identität“ attackiert der Papst die Homoehe. Dabei stellt er einen Zusammenhang mit dem Nationalsozialismus her und wirft die Frage auf, „ob nicht hier – vielleicht heimtückischer und verholener – wieder eine neue Ideologie des Bösen am Werk ist“.

Bruns forderte die deutschen Bischöfe auf, sich von dieser menschenverachtenden Sprache zu distanzieren. „Wir erinnern die Katholische Kirche daran, dass es auch Homosexuelle waren, die von den Nationalsozialisten in Konzentrationslager verschleppt und ermordet wurden“.

Scheck für Warschauer CSD

Nach dem Verbot des Warschauer Christopher Street Days im vergangenen Jahr hatten der LSVD und das Schwule Überfalltelefon „Maneo“ die Solidaritäts-Aktion „Gay Solidarnosc“ ins Leben gerufen. Ziel war es, die schwul-lesbische Bürgerrechtsbewegung in Polen zu unterstützen. Im Rahmen einer Spendenaktion kamen 8000,- Euro zusammen.

Am 7. März wurde der Scheck mit den Spenden nun an Tomasz Baczkowski von der polnischen „Kampagne gegen Homophobie“ übergeben. Der LSVD hatte zu einem kleinen Empfang in den „Club der polnischen Versager“ geladen, einem angesagten Treffpunkt polnischen Kulturschaffens in Berlin mit mehr als nur einem Touch Selbstironie.

Als Ehrengast sprach Claudia Roth, Vorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen und ehemalige Menschenrechtsbeauftragte der Bundesregierung. Dabei betonte sie, wie wichtig es ist, dass die Menschenrechte von Lesben und Schwulen auch international anerkannt werden.

Mit dem Geld will die „Kampagne gegen Homophobie“ u.a. den Warschauer CSD 2005 unterstützen.

Bundeselterntreffen 2005 in Berlin

Unter dem Motto „Unsere Kinder mittendrin, nicht außen vor“ lädt der Bundesverband der Eltern, Freunde und Angehörigen von homosexuellen Frauen und Männern (BEFAH e. V.) im April wieder zum Bundeselterntreffen nach Berlin. Schirmherrin ist Bundesfamilienministerin Renate Schmidt.

Das Treffen findet vom 8. bis 10. April im Concepthotel Charlottenburg statt. In verschiedenen Vorträgen wird ein breites Themenspektrum angesprochen – von der Frage „Was habe ich falsch gemacht?“ über den Wunsch nach Enkelkindern bis hin zur Anerkennung homosexueller Lebensweisen in Europa. Am Samstagabend wird die Sängerin Carolina Brauckmann (Köln) für Unterhaltung sorgen.

Weitere Informationen im Internet: www.befah.de

Bundespräsident empfängt LSVD-Vorstand

Am 2. März hat Bundespräsident Horst Köhler in Berlin eine Delegation des LSVD zu einem Informationsgespräch und Gedankenaustausch über die Situation lesbischer Bürgerinnen und schwuler Bürger empfangen. Vom LSVD-Bundesvorstand nahmen Antje Ferchau, Günter Dworek und Eduard Stapel teil. Es war ein sehr positives und intensives Gespräch. Der Bundespräsident nahm sich dafür weit mehr Zeit, als ursprünglich angesetzt.

Erörtert wurden der erreichte Stand an gesellschaftlicher und rechtlicher Anerkennung, Probleme mit fortbestehender Diskriminierung und Gewalt sowie die rechtliche Situation Eingetragener Lebenspartnerschaften. Besonders interessiert zeigte sich der Bundespräsident am Thema gleichgeschlechtliche Familien mit Kindern. Auch die Menschenrechtssituation von Lesben und Schwulen im Ausland wurde thematisiert. Zudem ließ sich der Bundespräsident über den Stand der Dinge beim geplanten Denkmal für die im Nationalsozialismus verfolgten Homosexuellen informieren.

Startschuss für „Aktion 1zu1“

Prominente machen sich stark für Gleichstellung von Lebenspartnern

Am 28. Februar war es endlich so weit: Bei einer Pressekonferenz gaben die LSVD-Sprecher Uta Kehr und Axel Hochrein den Startschuss für die „Aktion 1:1“. Die neue Kampagne für die Gleichstellung der Lebenspartnerschaft mit der Ehe steht unter dem Motto „Gleiche Pflichten, gleiche Rechte. Nur das ist fair!“ Sie informiert über bestehende Benachteiligungen und wirbt für die volle rechtliche Gleichstellung lesbischer und schwuler Lebenspartner.



Jürgen von der Lippe: unterstützt die „Aktion 1:1“.

Axel Hochrein appellierte an die Unionsparteien, das Vorhaben nicht im Bundesrat zu blockieren. „Für die Union ist es höchste Zeit, dass sie sich den Lebensrealitäten in Deutschland stellt“, sagte Hochrein. Wenn CDU/CSU nicht eine Richtungsentscheidung zu Gunsten der Homosexuellen trafen, würden sie die Mehrheitsfähigkeit in Deutschland verlieren.

Uta Kehr bemängelte, dass Lebenspartner zwar beim Unterhalt füreinander eintreten müssten, dass ihnen steuerliche Vergünstigungen aber verweigert werden. Stirbt ein Partner, so steht dem anderen nur ein minimaler Steuerfreibetrag von 5.200 € zu. Der deutlich höhere Freibetrag für Ehegatten in Höhe von 307.000 € wird Lebenspartnern verweigert.

Zu den Unterstützern der „Aktion 1:1“ zählen u.a. der Literaturnobelpreisträger Günter Grass, die Sängerin Katja Ebstein, der Kabarettist Dieter Hildebrandt, der Schauspieler Dietmar Schönherr, DGB-Chef Michael Sommer, Jürgen von der Lippe, Hella von Sinnen, Guido Horn, Hermann van Veen und viele mehr.

Die „Aktion 1:1“ wird darüber hinaus von verschiedenen Organisationen unterstützt, u.a. von der Gewerkschaft Verdi und den Jungen Liberalen.

Ausführliche Informationen über die Kampagne finden sich im Internet: www.aktion-1zu1.de

Beschwerde beim Presserat erfolgreich

LSVD-Kritik am Begriff „Homosexuellenmilieu“ bestätigt

Der LSVD war mit seiner Beschwerde gegen die Berichterstattung des Nachrichtenmagazins „Der Spiegel“ im Mordfall Moshammer erfolgreich. Der Deutsche Presserat entschied in seiner Sitzung am 1. März, die Beschwerde sei begründet und erteilte dem Spiegel einen entsprechenden Hinweis. Der Spiegel soll sich nun in einer Redaktionskonferenz mit seiner Berichterstattung kritisch auseinandersetzen.

Der LSVD hatte Beschwerde gegen einen Spiegel-Bericht eingelegt, in dem von einem „Milieu der Homosexuellen“ die Rede war. Die Spiegel-Autoren Bettina Musall und Conny Neumann mutmaßen in dem Artikel, die Spur im Mordfall Moshammer führe – so wörtlich – „ganz unten ins Milieu der Homosexuellen“.

In der Beschwerde hatte der LSVD argumentiert, die Wortwahl des Spiegels bringe eine ganze Bevölkerungsgruppe in Verbindung mit Kriminalität und schüre damit längst „überwunden geglaubte Vorurteile gegenüber Homosexuellen“. Die „pauschalisierende und abwertende Berichterstattung“ des Spiegels werde „den vielfältigen Lebensstilen von Lesben und Schwulen nicht gerecht“. Das Magazin habe damit gegen die

Richtlinie 12.1 des Pressekodex verstoßen. Diese Richtlinie besagt, dass in Artikeln über Straftaten keine „Vorurteile gegenüber schutzbedürftigen Gruppen“ geschürt werden dürfen.

Nach Ansicht des LSVD waren die homosexuellen Neigungen Moshammers für „das Verständnis des berichteten Vorgangs nebensächlich“. Der geständige Täter wiederum ist nach eigenen Angaben heterosexuell. Somit hätte eigentlich getitelt werden müssen: „Täter stammt aus Heterosexuellenmilieu“. Das zeige, wie absurd solche pauschal abwertenden Zuschreibungen sind.

Der Presserat folgte der Argumentation des LSVD. Dort hofft man nun, dass der Spiegel und die vielen anderen Medien, die den Begriff „Homosexuellenmilieu“ völlig unkritisch verwendeten, die Entscheidung des Presserates beherzigen.

Der Spiegel, 17. Januar 2005, „Tod eines Münchners“:

„...und weil die Tat womöglich dahin führen könnte, wo Fahnder vor mehr als 14 Jahren schon das blutige Ende des Volksschauspielers Walter Sedlmayr aufklären wollten: ganz unten ins Milieu der Homosexuellen.“

„Egal ob Mann oder Frau“

Bayerns Justizministerin Beate Merk über die Lesben- und Schwulenpolitik der CSU

Christdemokratie und Homosexuellenemanzipation – das war lange Zeit wie Teufel und Weihwasser. Besonders in der CSU wollte man mit Lesben und Schwulen nichts zu tun haben. Noch 1991 erklärte Edmund Stoiber, wer über die steuer- und erbrechtliche Anerkennung homosexueller Paare nachdenke, könne „gleich über Teufelsanbetung diskutieren“. Seitdem ist viel Wasser die Isar heruntergelaufen. Zwar kämpft die CSU weiterhin gegen eine Gleichstellung von Lebenspartnerschaft und Ehe. Gleichwohl gestehen führende CSU-Politiker inzwischen zu, dass Lebenspartnerschaften „rechtlich gestärkt“ werden müssten. Respekt sprach mit der Protagonistin dieser neuen Linie, Bayerns Justizministerin Beate Merk, über die künftige Lesben- und Schwulenpolitik ihrer Partei.

Respekt: Sehr geehrte Frau Ministerin, die CSU hat sich in ihrer Geschichte immer wieder gegen die Anerkennung von Lesben und Schwulen gestemmt. Wie passt das eigentlich zu dem Anspruch, eine „freie und offene Gesellschaft“ zu gestalten?

Merk: Diesen Eindruck habe ich, seitdem ich aktiv in der Politik tätig bin, nicht. Richtig ist, dass sich die Politik der CSU immer auf die Förderung und Unterstützung der Familie fokussiert hat. Das aber, ohne andere Lebensformen auszugrenzen.

In jüngster Zeit hört man aus Ihrer Partei widersprüchliche Stimmen zur Gleichstellung von Lesben und Schwulen...

Wie in jeder Partei gibt es auch in unserer Partei unterschiedliche Ansichten. Die Gleichstellung von Lesben und Schwulen ist ein Thema, das derzeit verstärkt im Hinblick auf die besondere Lage in den Großstädten diskutiert wird. Ich halte es für sehr wichtig, offen über die Situation der Menschen zu sprechen, die die verschiedensten Lebensmuster leben.

Eigentlich entspricht die Lebenspartnerschaft doch konservativen Wertvorstellungen: Zwei Menschen übernehmen Verantwortung füreinander, unterstützen sich auch „in schlechten Zeiten“, statt auf Vater Staat zu vertrauen. Müssten solche Lebensmodelle aus Ihrer Perspektive nicht gefördert werden, statt sie zu verdammen?

Auf der einen Seite werden zwei Menschen, die Verantwortung in einer beständigen Partnerschaft füreinander übernehmen, vom Staat Pflichten aufgeladen. Dem müssen deshalb auf der anderen Seite als Ausgleich auch Rechte gegenüberstehen. Das bedeutet aber nicht, dass die verschiedenen Formen der Lebenspartnerschaft der Ehe gleichgestellt werden sollen.

Viele Homosexuelle haben durchaus „konservative“ Wertvorstellungen. Bei CDU und CSU fühlen sich aber die wenigsten von ihnen aufgehoben. Verprellen die Unionsparteien mit ihrer Anti-Homo-Ehe-Politik nicht eine interessante Wählergruppe?

Die CSU als große christliche Volkspartei hat selbstverständlich ganz konkrete Wertvorstellungen und Ziele. Dass sie sich auch anderen Denkweisen und Lebensformen öffnet und Standpunkte austauscht, zeichnet diese Partei aus.



Beate Merk, seit 2003 bayerische Justizministerin,...

Es geht dabei aber nicht um Stimmenfang, sondern um die Öffnung gegenüber all den Menschen, die eine wertkonservative Einstellung haben, unabhängig von der Lebensform, die sie für sich gewählt haben.

Ihr Name wird häufig genannt im Zusammenhang mit einer Öffnung der CSU gegenüber „anderen Formen des Zusammenlebens“.

Als Leiterin der soeben ins Leben gerufenen Arbeitsgruppe „Großstädte“ befasse ich mich natürlich auch mit den Bedürfnissen und Erwartungen der Menschen, die in anderen Lebensformen als der Ehe leben.

Was bedeutet diese neue Strategie konkret für die Anerkennung von gleichgeschlechtlichen Paaren?

Es handelt sich nicht um eine neue Strategie, sondern um die schon immer vorhandene Bereitschaft der CSU, Änderungen in der Gesellschaft aufgeschlossen gegenüberzustehen. Mir geht es um die besondere Situation der immer größer werdenden Gruppe von Menschen in den Großstädten, auf die die Ziele der CSU primär nicht zugeschnitten sind. Dies ist für mich Anlass, intensiv mit Menschen zu diskutieren, die andere Lebensformen bevorzugen. Mir geht es um gegenseitige Offenheit und Verständnis.

Ist diese Offenheit überhaupt mehrheitsfähig in der CSU?

Die Tatsache, dass die Arbeitsgruppe „Großstädte“ ins Leben gerufen wurde, zeigt die Bereitschaft, der besonderen Lebenssituation in der Großstadt Aufmerksamkeit zu widmen, sich der Bedürfnisse der Menschen dort anzunehmen, aber immer unter Beibehaltung unserer klaren Werteorientierung.

Ihre Kabinettskollegin Christa Stewens hat jüngst erklärt, die Bundesregierung solle lieber Familien fördern, statt Lebenspartnerschaften gleichzustellen. Werden da nicht falsche Fronten aufgebaut? Es gibt doch auch viele gleichgeschlechtliche Paare, die Kinder erziehen.

Dass eine Familienministerin und Mutter von sechs Kindern in erster Linie die Familie und die Kinder im Auge hat, ist selbstverständlich und wohl wünschenswert.

Ihr Vorgänger im Amt des Justizministers hat im Jahr 2000 gegen die Einführung der Homo-Ehe geklagt. War das, im Rückblick betrachtet, die richtige Entscheidung?

Die Entscheidung hat die Staatsregierung getroffen.

Als Mitglied der Staatsregierung möchte ich diese nicht kritisieren.

Edmund Stoiber hat am Aschermittwoch angekündigt, erneut nach Karlsruhe zu ziehen, diesmal gegen die Stiefkindadoption. Was versprechen Sie sich von einem solchen – juristisch ziemlich aussichtslosen – Schritt? Das Bundesverfassungsgericht hatte in seinem Urteil vom Juli 2002 doch eindeutig festgestellt, dass es dem Gesetzgeber freisteht, Lebenspartnern die gleichen Rechte einzuräumen wie Eheleuten.



...leitet die neue CSU-Arbeitsgruppe „Großstädte“.

Foto: H.-R. Schulz

Die Staatsregierung hält die Stiefkindadoption für unvereinbar mit dem Kindeswohl, denn die Adoption würde einen kompletten Bruch der Beziehungen des Kindes zu einem Elternteil bedeuten. Im übrigen hat sich das Bundesverfassungsgericht in der genannten Entscheidung nicht mit der Frage der Stiefkindadoption auseinandergesetzt.

Wie wird sich Bayern zu der Initiative der Bundesregierung verhalten, Lebenspartnerschaften bei der Einkommens- und Erbschaftsteuer besserzustellen?

Die Staatsregierung hat diese Vorschläge immer abgelehnt. Ich gehe davon aus, dass sich daran nichts ändern wird.

Ihre Prognose: Werden Ehe und Lebenspartnerschaft in zehn Jahren rechtlich gleichgestellt sein?

Eine völlige Gleichstellung kann ich mir nicht vorstellen, weil es zwischen diesen Lebensformen einfach Unterschiede gibt. Aber Lebenspartnerschaften werden in jedem Fall rechtlich gestärkt werden. **Vorurteile und Hass gegenüber Schwulen und**

Lesben sind auch heute noch verbreitet. Insbesondere heterosexuelle junge Männer haben große Toleranzprobleme. Müsste nicht gerade an Schulen viel mehr für die Aufklärung über Homosexualität getan werden?

Natürlich gibt es eine Menge Vorurteile, leider wohl auch Hassgefühle, was ich für sehr schlimm halte. Denn das ist mit meinem christlichen Weltbild nicht vereinbar. Ich denke, dass sich unsere jungen Menschen intensiv mit dem Thema des Miteinanders, der gegenseitigen Achtung und Toleranz

genauso wie mit Fragen der sexuellen Einstellung befassen sollten. Ob die Schule aber das allein zu leisten vermag bzw. allein leisten sollte, ist zu überlegen. Es handelt sich ja um ein gesamtgesellschaftliches Thema. Die Erziehung eines jungen Menschen zu Offenheit und Verständnis obliegt in erster Linie den Eltern. Dort wo eine Diskussion innerhalb der Familie nicht möglich ist, sollte die Schule wesentliche Unterstützung leisten.

Zum Abschluss eine persönliche Frage. Angenommen, Sie haben einen Sohn, der einen Mann heiraten will: bekäme er Ihren „Segen“?

Leider habe ich keinen Sohn. Hätte ich einen, wäre mir das Allerwichtigste, dass er glücklich ist. Deshalb hätte er für eine Partnerschaft, wenn sie Zukunft hat und sie ihm das gibt, was er braucht, von Herzen meinen Segen, egal ob Mann oder Frau.

Frau Dr. Merk, haben Sie vielen Dank für das Gespräch.

Interview: Alexander Zinn

Siehe auch Kommentar auf Seite 17.

„Ich vertraue auf die zersetzende Kraft der Toleranz“

Der Historiker Gustav Seibt im Gespräch über Multikulturalismus und Homosexuellenemanzipation

Nach dem Mord an dem niederländischen Filmmacher Theo van Gogh brach eine heftige Debatte über die multikulturelle Gesellschaft los. Dabei rückten auch die Probleme ins Blickfeld einer breiteren Öffentlichkeit, die Einwanderung im Hinblick auf die Emanzipation von Frauen, Lesben und Schwulen mit sich bringt. Respekt sprach mit dem Berliner Historiker Gustav Seibt über Multikulturalismus und Homosexuellenemanzipation.

Respekt: Herr Dr. Seibt, nach dem Mord an Theo van Gogh meine viele, der Multikulturalismus sei gescheitert. Sie haben in einem Beitrag für die Süddeutsche Zeitung das Gegenteil vertreten.

Seibt: Zum einen kann man fragen, ob das Projekt des Multikulturalismus überhaupt schon begonnen hat. Bisher gibt es doch nur ein Nebeneinander der Kulturen und Lebensstile. Ich denke aber, wir können es uns gar nicht leisten, den Multikulturalismus für gescheitert zu erklären. Es gibt keine Alternative in einer globalisierten Welt. Man kann den Menschen ihre Lebensform nicht vorschreiben. Vor allem: Man kann nicht Millionen Menschen in irgendwelche Ursprungsländer zurückverfrachten. Wir müssen mit dem Unterschied leben, ob wir wollen oder nicht.

Die Kritiker meinen, „Multikulti“ sei nie mehr als ein Burgfrieden-Konzept gewesen, mit dem reale Probleme gedeckelt wurden, die nun zum Ausbruch kommen...

Das ist richtig. Andererseits sollte man dieses Konzept eines gleichgültigen „Nebeneinanders“ nicht unterschätzen, weil es zur Konfliktschärfung beiträgt. Eine so pazifizierte und freie Gesellschaft wie die unsere ist in der Geschichte beispiellos. Wir sollten keine überzogenen Forderungen nach Homogenität der Lebensstile stellen. Eine große Gesellschaft ist ein Haus mit vielen Wohnungen.

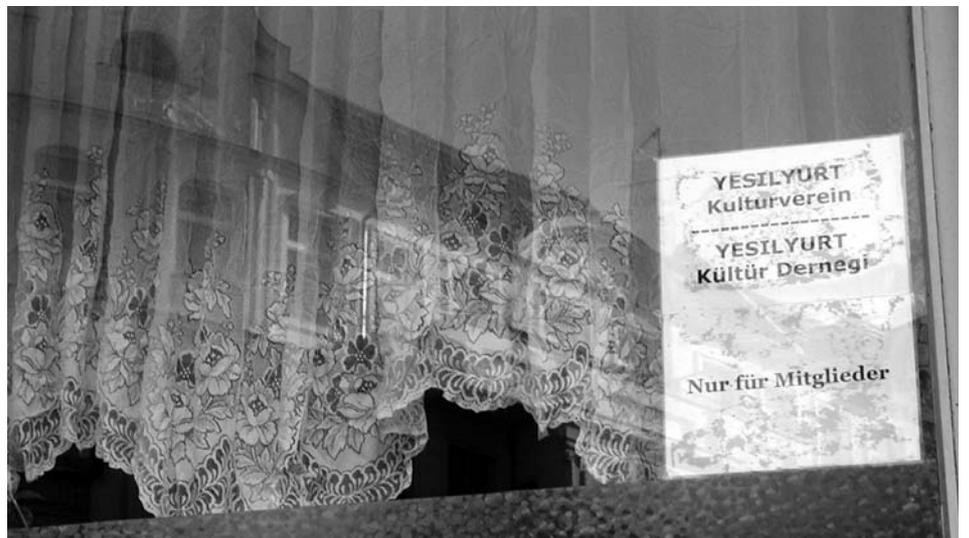
„Ganz unten auf der Skala der Verachtung“

Aber wo findet Freiheit ihre Grenzen? Homosexuellenfeindlichkeit, Diskriminierung und Gewalt z.B. geht nicht selten von muslimischen Jugendlichen aus. Bis vor kurzem hat es kaum einer gewagt, solche Probleme überhaupt anzusprechen...

Ja, das stimmt, aber nur weil man Multikulturalismus mit politischer Korrektheit verwechselt

hat. Die Toleranzforderung richtet sich an alle, auch an Minderheiten. Konflikte zwischen Minderheiten muss man thematisieren. Solche Gewaltexzesse haben meines Erachtens viel mit mangelnder ökonomischer Chancengleichheit zu tun. Schwule, die z.B. aus der Sicht chancenloser muslimischer Jugendlicher auf der „Skala der Verachtung“ ganz unten stehen, sind dann die ersten Opfer.

Der islamische Fundamentalismus wirft die Frage auf, welchen Stellenwert wir der Religion in unserer Gesellschaft einräumen wollen und können. Wo sehen Sie die Grenzen der Religionsfreiheit?



Multikulturalismus: mehr Neben- als Miteinander?

Foto: A. Zinn

Dr. Gustav Seibt,
geboren 1959,
arbeitet als Journalist u.a.
für *Die Zeit*, *Süddeutsche*,
Frankfurter Allgemeine
und *Berliner Zeitung*.

1995 erhielt er den
Sigmund-Freud-Preis
für wissenschaftliche Prosa
der Deutschen Akademie
für Sprache und Dichtung.

Diverse Veröffentlichungen, u.a.:
Rom oder Tod, Berlin 2001.



Beim Individuum. Jeder muss nach seiner Fassung selig werden können. Das beinhaltet die Freiheit zur Religion. Manche finden ihr Glück in der Unterordnung. Es muss aber auch die Möglichkeit des „Austretens“ geben. Letzteres ist innerhalb kultureller Sondermilieus mit starken Familienbanden natürlich sehr schwierig. Der Staat kann hier kaum einwirken; außer für ökonomische Chancengleichheit zu sorgen. Das Ideal des autonomen Individuums setzt materielle Unabhängigkeit voraus. Aber es gibt auch nicht die totale Freiheit, sie wäre das totale Unglück. Starke Familienstrukturen wie in der türkischen Kultur sind ja nicht per se etwas Unerfreuliches.

Ein Beispiel aus der Praxis: der LSVD hatte ein Plakat mit dem Slogan „Anna ist lesbisch, Fatma auch“ geplant. Das führte zu einem Aufschrei unter muslimischen Extremisten: der heilige Name Fatma werde besudelt. Der LSVD hat dann einen anderen Namen gewählt. War das richtig? Muss man hier Rücksicht nehmen auf die Gefühle von Gläubigen? Was würde die 19-jährige Fatma aus Kreuzberg, die gerade ihre Homosexualität entdeckt, dazu sagen?

Wenn man die selbe Botschaft auch mit einem weniger religiös besetzten Namen transportieren kann, würde ich dazu raten. Es geht ja um die Sache – Konfliktverschärfungen bringen da nichts. Europa hat Ströme von Blut vergossen für die Möglichkeit, die Religion verhöhnen zu dürfen – und an dieser Freiheit soll auch nicht gerüttelt werden. Trotzdem fühle ich mich nicht wohl dabei, den Glauben eines anderen zu verletzen. Solange die

Prinzipien klar sind, sollte man in der Form moderat bleiben. Man kann auch nicht jeden Schwulen als Arschficker bezeichnen.

Doch wie soll man reagieren, wenn mit religiösen Ansprüchen auch die Freiheit anderer eingeschränkt wird? Viele Lehrer, die Klassen mit hohem Migrantenanteil unterrichten, klagen z.B., sie könnten bestimmte Themen wie die Evolutionstheorie kaum mehr unterrichten...

Da gibt es eine schöne historische Parallele: die Eroberung Roms durch die italienischen Nationalisten. Damals gab es exakt die selben Probleme, als an den Schulen des ehemaligen Kirchenstaates plötzlich die darwinschen Lehren unterrichtet wurden. Die katholische Kirche versuchte das mit aggressiven Hetzkampagnen zu verhindern. Doch das hat sich totgelaufen durch Koexistenz. Aber hier und heute gilt natürlich: Evolutionstheorie muss unterrichtet werden.

„Man wird das Problem verschärfen, wenn man Zwang ausübt“

Sie haben vor einer „Zwangslaisierung islamischer Mitbürger“ gewarnt. Ist nicht die weltweite (Re-)Islamisierung vor allem junger Muslime das eigentliche Problem?

Ja, aber man wird das Problem verschärfen, wenn man Zwang ausübt. Ich vertraue auf die zersetzende

Kraft der Toleranz. Dafür spricht die historische Erfahrung. Fanatismus ist ein Zustand der Anspannung, den man auf Dauer nicht aushalten kann.

Die Kritiker des Multikulturalismus würden Ihnen entgegenhalten, zu viel Toleranz führe zur Verschärfung der Probleme. Wenn man es z.B. duldet, dass immer mehr Muslime ihre Kinder aus dem Sexualkundeunterricht nehmen. Oder dass Frauen - und auch schwule Söhne - zwangsverheiratet werden.

Auch beim Sexualkundeunterricht gilt: Zwangsmaßnahmen sind äußerst heikel, weil man die Kinder damit in Konflikte stürzt. Prinzipienreiterei hilft nichts. Ein völlig anderer Punkt sind die Zwangsverheiratungen. Sie berühren das Selbstbestimmungsrecht und sind ein Fall für die Gerichte. Ja, Zwangsverheiratungen rühren an die Grundfesten der freiheitlichen Gesellschaft.

Radikale Islamisten meinen, die demokratische Idee sei „unislamisch“, auch weil sie zu Gesetzen wie der Homo-Ehe führt. Kann man dem mit interreligiösem Dialog beikommen?

Was wollen Sie sonst? Wollen Sie das Messer zücken?

...natürlich nicht. Aber die Frage ist doch, ob man sich in solchen „Dialogen“ bislang nicht um heikle Themen wie die Freiheitsrechte des Individuums herummogelt...

Das ist richtig. Deswegen brauchen wir auch weni-

ger einen interreligiösen Dialog als vielmehr einen Dialog zwischen Laizismus und Religion.

Auch die katholische Kirche poltert immer lauter gegen Schwule, Lesben und die Homo-Ehe. Sind islamischer und christlicher Fundamentalismus vergleichbar?

Mehr als das: Christentum und Islam stammen aus den selben Quellen, vor allem was die Reinheitsvorstellungen angeht. Allerdings haben beide Religionen eine andere Religionssoziologie. Juden- und Christentum sind in ihren Ursprüngen eine Hirten- und Kleinbürgerreligion. Der Islam dagegen ist eine Ritterreligion, die mit dem Schwert verbreitet wird. Das war im Christentum erst später so. Im Islam gab es aber keine Reformation und Aufklärung, so dass die alten Traditionen bis heute viel ungebrochener fortwirken.

Einige muslimische Verbände versuchen, das Thema Homosexualität dazu zu nutzen, um Bündnisse mit den christlichen Kirchen zu schmieden. Droht uns eine große Koalition der religiösen Fundamentalisten?

Ich glaube nicht, dass die katholische Kirche mit den Turbanträgern gemeinsame Sache macht. Eine ernsthafte Gefahr wäre das nur dann, wenn sich das gesellschaftliche Klima komplett ändern würde. Ich halte es auch für schwer vorstellbar, dass die Homosexuellen-Emanzipation rückgängig gemacht werden kann. Homosexuelle lassen sich nicht so leicht wie ethnische Gruppen ausgrenzen, weil Homosexualität immer wieder mitten in der Gesellschaft entsteht, in jeder Familie. Allerdings: überall, wo es eine Diktatur gibt, geht es den Schwulen mit als ersten an den Kragen. Schließlich braucht jede Diktatur Ausgrenzung und Folter.

Apropos Diktatur: Kardinal Sterzinsky hat neu-lich bei einer Gedenkfeier für Widerstandskämpfer gegen das NS-Regime diese als Vorbilder für einen heute nötigen „Widerstand“ gegen die Homo-Ehe gelobt. Wie demokratie-

tauglich ist die katholische Kirche?

Es gibt Züge der Modernität, mit denen sich die katholische Kirche nie versöhnen wird und dazu gehört die Anerkennung der Homosexualität. Die Kompromissfähigkeit der Katholiken schwindet mit ihrem wachsenden Minderheitenstatus.

Was sagen Sie zu den Behauptungen der katholischen Kirche, gläubige Katholiken wie der EU-Kommissionskandidat Buttiglione würden in Europa verfolgt?

Es ist noch nicht Verfolgung, wenn man nicht EU-Kommissar wird. Buttiglione hatte ja sogar viele liberale Fürsprecher – dazu gehöre ich nicht, obwohl ich durchaus glaube, dass er integer ist. Aber er soll mit diesen Ansichten nicht zuständig sein für Gleichstellung.

„Bei Machokulturen hilft lautes Bellen ja manchmal“

Sie sagen, „keine europäische Gesellschaft“ könne mehr auf „multikulturelle Lebensformen“ verzichten. Doch wie soll und kann man reagieren, wenn sich einige Lebensformen gegen die freiheitlichen Werte der Gesellschaft wenden?

Dann sind es keine multikulturellen Lebensformen mehr. Leben und Lebenlassen muss das Prinzip sein. Wer das nicht akzeptiert, hat hier keinen Platz. Das ist eine Frage von Regeln und Fairplay. Abschiebungen in Fällen wie dem des Kreuzberger Imams, der gegen Deutsche gehetzt hat, sind völ-

LSVD
Leben- und Schwulenverband

KAI IST SCHWUL. MURAT AUCH!

Sie gehören zu uns. Jederzeit!

Telefon: 030 – 44 00 82 40
Willmannsdamm 8, 10827 Berlin
www.miles.lsvd.de

Zentrum für Migranten, Lesben und Schwule

MILES
Ein Projekt des LSVD

MT Frauenbüro Unterstützung von:

TBB
Türkischer Bund in Berlin-Brandenburg

Berliner Polizei
Ansprechpartner für gleichgeschlechtliche Lebensweisen

Berlin
Hilfsamt und Sport
Fachbereich für gleichgeschlechtliche Lebensweisen (die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Sport)

STIFTUNG DEUTSCHE KLASSENLOTTERIE BERLIN (DKLB-Stiftung)

Respekt für Schwule und Lesben fordert eine Plakatkampagne des LSVD.

lig in Ordnung – so jemandem müssen wir nicht Gastfreiheit gewähren. Bei Machokulturen hilft lautes Bellen ja manchmal.

Was ist Ihre Prognose: wird der von manchen diagnostizierte „Kulturkampf“ weiter eskalieren?

Das ist nicht ausgeschlossen, wenn man genügend Torheit auf beiden Seiten unterstellt. Dabei handelt es sich eigentlich um keinen „Kulturkampf“ zwischen Ost und West, sondern um einen Kampf um Modernität. Wir müssen den Islam an die Demokratie heranführen. Das Problem ist, dass man Demokratie nicht gegen die Frömmigkeit der Massen errichten kann. Auch in Europa hat der Kampf gegen die Religion nicht mit Sieg oder Vernichtung geendet, sondern es hat da eine Fusion gegeben. Eine Symbiose von Katholizismus und Demokratie, die stabilisierend war. Es ist deprimierend und ermüdend, dass wir diesen Kampf wieder führen müssen, aber wir müssen es.

Herr Dr. Seibt, haben Sie vielen Dank für das Gespräch.

Interview: Alexander Zinn

Wirksamer Diskriminierungsschutz

Das Antidiskriminierungsgesetz ist heiß umstritten

VON GÜNTER DWOREK

Das Antidiskriminierungsgesetz ist heiß umstritten. Insbesondere Wirtschaftsverbände laufen Sturm dagegen. Das Gesetz soll Benachteiligungen im Arbeits- und Wirtschaftsleben verhindern.

Umgesetzt werden damit Richtlinien der Europäischen Union, aber es passiert noch ein wenig mehr: Beim Zugang zu Gütern und Dienstleistungen verpflichtet die EU bislang nur zu einem Verbot der Diskriminierung aufgrund der ethnischen Herkunft oder des Geschlechts. Der Entwurf der Regierungskoalition bezieht weitere Bereiche mit ein, darunter auch die sexuelle Identität.

Darauf hat der LSVD immer gedrängt, dagegen richtet sich nun besonders der Furor der Gesetzesgegner. Die sprechen von Vertragsfreiheit und unternehmerischer Freiheit. In Klartext übersetzt heißt das aber: Sie pochen auf ein Recht zur Diskriminierung.

Schwulen Männern werden oft Lebensversicherungen pauschal verweigert. Reiseveranstalter für Lesben oder Schwule bekommen von einer Hotelanlage gesagt: Ihre Personengruppe wollen wir hier nicht. Viele Lesben und Schwule fürchten Nachteile im Beruf, wenn ihre Lebensweise am Arbeitsplatz bekannt wird.

Der vorliegende Gesetzentwurf erfüllt nicht alle Wünsche, bringt aber handfeste Verbesserungen. Zwei Beispiele: Diskriminierungen im Versicherungswesen wird ein Riegel vorgeschoben. Das arbeitsrechtliche Diskriminierungsverbot gilt ausdrücklich auch für die Bundeswehr. Eine rasante Entwicklung: Noch vor fünf Jahren wurden dort schwule Offiziere und Ausbilder entlassen.

Noch ist das Gesetz nicht in trockenen Tüchern. Deshalb wirbt der LSVD im Bündnis mit Frauenverbänden, Antirassismus-Initiativen, den Organisationen von Migrantinnen und Migranten, Behinderten und älteren Menschen für einen wirksamen Diskriminierungsschutz.

Übrigens, niemand muss sich Sorgen machen: Den Frauenbuchladen nur für Frauen, die schwule Sauna nur für Männer wird es ohne jede Einschränkung weiter geben. Sachlich begründete Unterscheidungen bleiben selbstverständlich zulässig.



Versicherungen: Schwule dürfen nicht mehr diskriminiert werden.

Foto: A. Zinn

„Benachteiligungen entgegenwirken“

LSVD-Sprecher Manfred Bruns bei Anhörung zum ADG

VON ALEXANDER ZINN

Am 7. März fand im Bundestag eine Anhörung zum Antidiskriminierungsgesetz (ADG) statt. LSVD-Bundessprecher Manfred Bruns war dazu als Sachverständiger geladen. Bruns begrüßte den Gesetzentwurf in seiner Stellungnahme nachdrücklich. Deutschland finde damit endlich „Anschluss an die rechtspolitische Entwicklung in vielen Nachbarländern“.

Bruns betonte, es sei notwendig, Benachteiligungen mit Hilfe eines Gesetzes entgegenzuwirken. Als besonders erfreulich wertete er, dass mit dem ADG Diskriminierungen aufgrund der sexuellen Identität künftig auch in Teilen des Zivilrechts verboten werden sollen. Damit geht der Gesetzgeber über die Anforderungen der EU hinaus. Die EU-Richtlinien verbieten die Benachteiligung von Lesben und Schwulen bislang nur im Arbeitsrecht.

Kritisch bewertet es Bruns allerdings, dass der Gesetzentwurf im Zivilrecht

für das Merkmal „sexuelle Identität“ nur einen verminderten Schutz vorsieht. Immerhin würden dadurch aber die schlimmsten Diskriminierungsfälle erfasst, unter denen Homosexuelle derzeit zu leiden haben.

Ein breiter Diskriminierungsschutz im ADG ist laut Bruns deswegen so wichtig, weil Lesben und Schwule nicht nur bei der Jobsuche, sondern auch in vielen anderen Bereichen diskriminiert werden. So z.B. beim Abschluss von Lebensversicherungen. Die meisten Lesben und Schwulen haben schon Diskriminierungserfahrungen gemacht. Bei einer groß angelegten Studie der Universität Bamberg über „Benachteiligung gleichgeschlechtlich orientierter Personen und Paare“ aus dem Jahr 2000 hielten daher 95 Prozent der befragten Schwulen und Lesben ein Antidiskriminierungsgesetz für notwendig.

Siehe auch Kommentar auf Seite 17.



Erfolgsstory aus dem Osten

Über die Wurzeln des LSVD

VON ALEXANDER ZINN

Der LSVD feiert Geburtstag: 15 Jahre besteht der Verband inzwischen. Das ist zwar noch kein Alter für große Jubelfeiern, aber allemal ein Grund zurückzublicken. Und dabei zeigt sich, dass der Verband eine längere Geschichte hat, als die eichenlaubumkränzte „15“ glauben macht. Denn die Gründung des damaligen „Schwulenverbandes in der DDR“ (SVD) am 18. Februar 1990 war der Gipfelpunkt einer langjährigen ostdeutschen Emanzipationsbewegung.

„Eigentlich beginnt unsere Geschichte schon 1981“, so Eduard Stapel, einer der Gründerväter des Verbandes. Und das ganz profan: auf einer öffentlichen Toilette in Leipzig. Auf der „Klappe“, einem der wenigen Treffpunkte von Schwulen in der Messestadt, lernt Stapel im Herbst 1981 Christian Pulz kennen. Die beiden kommen ins Gespräch über die Situation der Schwulen in der DDR und vereinbaren, einen Gesprächskreis ins Leben zu rufen. Schon wenige Tage später treffen sich zwei Dutzend Schwule in der Wohnung von Pulz. Stapel referiert erstmals über seine Vorstellungen von Emanzipation, Partizipation und Integration der Schwulen. Vorbild ist das Menschenrechtsmodell, das Wolfgang Huber in seinem Buch „Menschenrechte: Perspektiven einer menschlichen Welt“ entwickelt hat. Uns so steht ein nicht besonders schwulenfreundlicher Kirchenmann Pate für das erste – ungeschriebene – Programm der DDR-Schwulenbewegung.

Die Treffen werden zu einer wöchentlichen Institution. Steht anfangs noch der Wunsch nach Selbstfindung und -vergewisserung im Mittelpunkt, so ist nach einem halben Jahr klar: die meisten wollen auch etwas für andere Schwule machen. Doch es fehlt an Räumen und rechtlicher Absicherung – vom wenig homosexuellenfreundlichen Staat ist keine Unterstützung zu erwarten. Stapel, damals Theologiestudent, gewinnt das Vertrauen des Leipziger Studentenpfarrers, und so wird am 25. April 1982 der erste „Arbeitskreis Homosexualität“ der Evangelischen Studentengemeinde gegründet.

Bald entstehen ähnliche Arbeitskreise in fast allen Großstädten der DDR. Kräftig unterstützt von Stapel, seit 1983 Vikar bei der Magdeburger St.-Michaels-Gemeinde und ab 1985 als Angestellter für Schwulensarbeit der Evangelischen Kirche tätig. Er reist von Gruppe zu Gruppe, organisiert Arbeits- und Vernetzungstreffen und – nicht zu vergessen – Freizeitveranstaltungen wie „Disotheken“. Denn neben der Weiterbildung dienen die Arbeitskreise – mangels Alternativen – auch sozialen Kontakten.

Dem Staat freilich ist die erwachende Schwulenbewegung nicht geheuer. Ohnehin werden Homosexuelle aufgrund „ihrer Kontaktfreudigkeit“ als „für den Klassegegner und seine Agentenzentralen besonders interessante Personen“ betrachtet. Da verwundert es nicht, dass die Arbeitskreise schnell ins Visier der Staatssicherheit geraten. Eduard Stapel wird in den folgenden Jahren von etwa 50 Hauptamtlichen und rund 150 IM – in der Regel selbst Schwule – observiert. Allein die Stasi-Akten zu seiner Schwulen-Arbeit zählen über 8000 Seiten. Ziel der „politisch-operativen Bearbeitung homosexueller Personenkreise“ ist die „zielstrebige Untergrabung“ und „Zersetzung“ der Gruppen u.a. durch das „Erzeugen von Misstrauen und gegenseitigen Verdächtigungen“.

Es dauert lange, bis die Stasi erkennt, dass auch Schwule nicht per se „Klassenfeinde“ sind, sondern „unterschiedliche weltanschauliche Positionen“ vertreten. Zu lange: Als die FDJ-Führung 1988 beschließt, Schwulen und Lesben mehr Freiräume einzuräumen, ist die DDR bereits am Ende. Die Protestbewegung und die friedliche Revolution von 1989 werden für die kirchlichen Arbeitskreise zum Aufbruchssignal. Im Winter 1989/90 beschließt man, sich in einem Verband zusammenzuschließen.

Am 18. Februar 1990 ist es so weit: 81 Personen versammeln sich im Leipziger „Kulturhaus der Nationalen Front“, um den Schwulenverband aus der Taufe zu heben. Eduard Stapel hat ein elfseitiges Programm geschrieben – Surrogat von acht Jahren Diskussion in den Arbeitskreisen. Schon damals enthalten: die revolutionäre Forderung nach „Gleichstellung bei vorhandenem Wunsch mit der Ehe“. Am 11. April wird der Verband mit der

Eintragung in das Vereinsregister des Kreisgerichts Leipzig staatlich anerkannt.

Schon beim nächsten Verbandstag im Juni 1990 wird der SVD in „Schwulenverband in Deutschland“ umbenannt. Bald schließen sich dem Verband auch westdeutsche Schwule an – in wenigen Jahren entwickelt er sich zur größten politischen Schwulenorganisation in Deutschland. Zunächst noch ohne Frauenpower. Doch bald wird klar, dass Schwule und Lesben an einem Strang ziehen müssen, um ihre Interessen wirksam zu vertreten. Und so wird 1999 aus dem SVD der LSVD.

Wenn man so will, hat der LSVD also schon 23 Jahre auf dem Buckel. Eine Erfolgsstory aus dem Osten der Republik!



Aufruf zur Gründung des ersten „Arbeitskreises Homosexualität“.



„Schwule Volkshochschule“

SVD-Gründer Eduard Stapel im Gespräch

Respekt: Herr Stapel, was war das Ziel des 1982 gegründeten Arbeitskreises Homosexualität?

Stapel: Zunächst ging es darum, Selbstbewusstsein als Schwule zu entwickeln. Das „Lernen“ stand im Mittelpunkt: was ist Homosexualität, Antihomosexualität. Wir haben die Arbeitskreise spaßeshalber auch als „Schwule Volkshochschule“ bezeichnet. Hinzu kam der Wunsch, etwas für andere Schwule zu tun, sie bei ihrem Coming out zu unterstützen. Zugleich ging es aber auch immer darum, die Bürgerrechte für Schwule und Lesben durchzusetzen – obwohl das in der DDR beinahe aussichtslos war.

Warum waren die Arbeitskreise bei der Evangelischen Kirche angesiedelt?

Das hatte zwei Gründe: Zum einen waren einige von uns Christen und wollten ihre Kirche als „Kirche für andere“, also auch für Lesben und Schwule erleben. Und zum anderen konnte einem aufmerksamen DDR-Bürger ja nicht entgehen, dass der Staat diese Thematik nicht wollte. Als „kirchliche Arbeit“ war die Schwulenszene dem Zugriff des Staates entzogen. In staatlichen Einrichtungen wurden Schwule ja nicht geduldet. Selbst aus den Gaststätten, die wir immer wieder okkupierten, wurden wir regelmäßig vertrieben. Die Kneipen wurden einfach ein halbes Jahr geschlossen und später mit erhöhten Preisen wieder eröffnet – da waren die Schwulen längst weitergezogen.

Also war die Kirche eine Notlösung?

Wie schon gesagt – ja und nein. Die Kirche war die einzige Institution, die uns den Raum bot, sich zu treffen. Viele Schwule hatten mit der Kirche ansonsten nicht viel am Hut. Für mich als Theologen bedeutete die Anbindung an die Kirche aber mehr: Ich habe mich auch als Seelsorger für schwule Männer verstanden.

Gab es bei der Kirche keine Berührungspunkte mit dem Thema?

Natürlich musste da erstmal Überzeugungsarbeit geleistet werden. Nachdem wir uns auf den Kirchentagen 1983 in Erfurt, Magdeburg, Dresden oder Rostock fast der ganzen Republik präsentiert hatten, gab es aber kein Halten mehr. In vielen grö-

ßeren Städten gründeten sich kirchliche Arbeitskreise zur Homosexualität.

Sie und die Arbeitskreise gerieten ja schnell ins Visier der Stasi. Haben Sie damals gemerkt, dass Sie bespitzelt wurden?

Es waren ja dutzende Stasi-Mitarbeiter auf uns angesetzt. Die saßen auch in den Arbeitskreisen. Im Nachhinein habe ich festgestellt, dass das oft diejenigen waren, die als erste kamen und als letzte gingen. Wenn wir eine Diskothek veranstaltet haben, haben die Stasi-Leute für uns die Räume dekoriert und später wieder aufgeräumt – sie mussten ja alles mitbekommen. Damals ist mir das aber nicht aufgefallen. Außerdem hätte die ständige Suche nach der Stasi Misstrauen in den Gruppen geschürt und so die Arbeit zerstört.

Wie kam es zur SVD-Gründung 1990?

Die Arbeitskreise waren schon lange vernetzt – es gab regelmäßige Koordinationstreffen. Die Verbandsgründung, die durch die Wende ja erst möglich wurde, war da die logische Konsequenz. Viele sind damals aber erstmal in die vielfältige Schwulenszene Westberlins und Westdeutschlands „abgetaucht“. Andere gaben einem „Ost-Verband“ keine Überlebenschancen. Und wieder andere wollten keine DDR- oder bundesweite Schwulenpolitik, sondern ihre kleinen „Wohlfühlvereine“. So kam es, dass sich von den 4000 Männern, die ich im Laufe meiner Arbeit kennengelernt hatte, nur 81 an der Verbandsgründung beteiligten.

Interview: Alexander Zinn



Eduard Stapel,
geb. 1953, studierte
Journalistik und
Theologie in Leipzig.
1985 bis 1990 kirchlicher
Mitarbeiter für
Schwulenszene.
1990 Mitbegründer
und seitdem
Bundesvorstand des
SVD, später LSVD.

1996 erhielt Stapel den Verdienstorden der Bundesrepublik für seinen Einsatz für die Rechte der Schwulen in der DDR.

Chronik des LSVD

18.2.1990 Gründung des „Schwulensverbandes in der DDR“ (SVD) in Leipzig.

19.8.1992 Aktion Standesamt: 250 schwule und lesbische Paare beantragen das Aufgebot zur Eheschließung.

31.5.1994 Erfolg der SVD-Lobbyarbeit: Der § 175 StGB wird endgültig aufgehoben.

8.2.1994 Das Europäische Parlament fasst eine Entschließung zur Gleichberechtigung von Schwulen und Lesben, die auf eine Initiative des SVD zurückgeht.

9./10.8.1996 Aktion „Traut Euch“: vor den Standesämtern in Berlin, Leipzig und Hannover wird für die Gleichstellung homosexueller Lebensgemeinschaften geworben.

14.5.1997 Anhörung zur Anerkennung schwuler und lesbischer Lebensgemeinschaften: Manfred Bruns legt als Sachverständiger den SVD-Standpunkt dar.

27.9.1998 Bundestagswahl: Die neue rot-grünen Regierung plant die rechtliche Anerkennung gleichgeschlechtlicher Paare.

4.12.1998 „Aufruf an alle Lesben“, den SVD in einen Lesben- und Schwulensverband umzuwandeln. Viele Lesben treten daraufhin in den Verband ein.

6./7.3.1999 Der 11. Verbandstag in Köln beschließt Erweiterung zum „Lesben- und Schwulensverband in Deutschland“. Der SVD wird zum LSVD.

30.3.1999 „Aktion JA-Wort“: Start der LSVD-Kampagne für die rechtliche Gleichstellung schwuler und lesbischer Paare mit der Ehe.

10.11.2000 Der Druck auf die Regierung hat Erfolg: Der Bundestag beschließt das Lebenspartnerschaftsgesetz.

7.12.2000 Der Bundestag beschließt einstimmig, die Rehabilitierung homosexueller NS-Opfer und entschuldigt sich für die Strafverfolgung in der Bundesrepublik.

1.8.2001 Lebenspartnerschaftsgesetz tritt in Kraft.

17.7.2002 Bundesverfassungsgericht: Das Lebenspartnerschaftsgesetz ist mit dem Grundgesetz vereinbar.

12.12.2003 Der Bundestag beschließt, ein Denkmal für die im Nationalsozialismus verfolgten Homosexuellen zu errichten.

29.10.2004 Der Bundestag beschließt ein vom LSVD lange gefordertes „Änderungsgesetz“, das Lebenspartnern mehr Rechte zugesteht.

1.1.2005 Das „Änderungsgesetz“ tritt in Kraft: es bezieht Lebenspartner in die Hinterbliebenenversorgung ein und ermöglicht die Stiefkindadoption.



NETZEITUNG.DE

18. Januar 2005: Schwulverband kritisiert Moshammer-Berichte

„Schon kurz nach dem Bekanntwerden der Todesnachricht von Rudolph Moshammer schlich sich in viele Berichte und Agenturmeldungen eine Floskel ein: die Polizei würde auch im ‚Homosexuellenmilieu‘ ermitteln. Gegen diese Medienberichterstattung wendet sich nun der Lesben- und Schwulverband (LSVD). Mit dieser Begrifflichkeit, so Sprecher Manfred Bruns, werde eine ganze Bevölkerungsgruppe in die Nähe der Kriminalität gerückt. Der LSVD habe sich deshalb an den Presserat gewandt und fordere Verhaltensregeln gegen diese ‚diskriminierende Berichterstattung‘.“

Nicht nur erinnere diese Begrifflichkeit an eine Zeit, in der Homosexualität noch strafbar war, sie sei außerdem absurd: ‚Nach den Einlassungen des geständigen Täters, er sei nicht homosexuell, müsste nun eigentlich getitelt werden: ‚Täter stammt aus dem Heterosexuellenmilieu‘.“

DIE WELT

22. Januar 2005: „Mosi“, der Anarchist

„Das gesinnungsfroh affizierte Homo-Glück von Wowi, Westerwelle & Co. scheint inzwischen derart stilbildend zu sein, dass sogar die Bayern aufs Outing schwören. Wie spießig soll Deutschland eigentlich noch werden? Und wenn ‚Mosi‘ sich nun eben gerade nicht outen wollte? Wenn es ihm eher darum ging, seinen Phantasmen treu zu bleiben und sexuelle Erfüllung zu finden im Rausch des Risikos? Darf man vielleicht einmal daran erinnern, dass Pasolini, dem die ganze römische Cinecittà zu Füßen lag, picklige Jungs aus dem Arbeitermilieu bevorzugte... Homosexualität hatte einst, als noch nicht Krethi und Plethi schwul wurden, vor allem mit einem zu tun: Anderssein. Anders als die Mehrheit, anders als die (klein)bürgerliche Norm. Daraus bezog sie ihren Stachel und ihren Stolz.“

Frankfurter Allgemeine SONNTAGSZEITUNG

23. Januar 2005: Rudolph Moshammer: Mobbing eines Mordopfers

„In der Berichterstattung wurde das Opfer zum Täter. Franz Josef Wagner schrieb in einem über alle Maßen homophoben Kommentar in der ‚Bild‘-Zeitung, man müsse um Taucher, die vom Hai gefressen werden, nicht trauern, das sei eben der Kick, den sie gesucht hätten. ‚Bunte‘-Hauspsychologin Eva Kohlrusch wusste, dass Moshammer am fraglichen Abend nicht bloß Sex, sondern vielmehr eine ‚ungeordnete, brachiale Lebendigkeit‘ suchte, die ‚den Kern der Selbstvernichtung in sich trägt‘. Immer wieder sah man dazu Bilder von Walter Sedlmayr und Gianni Versace, und so entstand die mächtige und falsche Assoziationskette: Schwul - Milieu - Stricher - Killer...“

München ist eine sehr, sehr große Stadt, aber ein baggernder Mosi fällt selbst hier auf. ‚Fast schon krank‘, fand der Chefreporter der ‚Bunten‘ diese Gewohnheit, es muss eine ansteckende Krankheit sein. Der Berliner Discobetreiber Rolf Eden macht genau das seit Jahren und wurde Kolumnist bei der ‚Zeit‘ – der einzige Unterschied: Rolf Eden spricht junge Frauen an, Moshammer bremste für Männer. Und das geriet ihm natürlich zum Verhängnis, denn, wie die ‚SZ‘ auch wusste: Morde unter Schwulen gelten als ‚besonders grausam‘, Heteromörder streicheln ihre Opfer bekanntlich zu Tode.“

N24

23. Februar 2005: Schwulverband attackiert Papst

„Der deutsche Lesben- und Schwulverband hat sich in scharfen Worten gegen das neue Buch von Papst Johannes Paul II. gewandt. Es sei ‚bestürzend, mit welch aggressivem Hass sich der Papst gegen die Bürgerrechte von Lesben und Schwulen wendet‘, sagte Verbandssprecher Manfred Bruns. Die rechtliche Anerkennung gleichgeschlechtlicher Paare als ‚neue Ideologie des Bösen‘ zu denunzieren und eine Linie zu den Verbrechen der Nationalsozialisten zu ziehen, sei eine ‚unerträgliche Entgleisung‘. Der Verband forderte die deutschen Bischöfe auf, sich von dieser ‚menschenverachtenden Sprache‘ zu distanzieren. ‚Wir erinnern die Katholische Kirche daran, dass es auch Homosexuelle waren, die von den National-

sozialisten in Konzentrationslager verschleppt und ermordet wurden‘, sagte Bruns.“

Der Handel.

Das Wirtschaftsmagazin für Handelsmanagement

Februar 2005: Die verkannte Zielgruppe

„Trotz der wachsenden Anerkennung in den vergangenen Jahren kämpfen Schwule und Lesben nach wie vor mit Diskriminierung, betont LSVD-Sprecher Alexander Zinn: ‚Meistens findet sie auf eine subtile Art und Weise statt, fast nie offen‘... Vom Antidiskriminierungsgesetz, das im Sommer in Kraft treten soll, verspricht sich der Lesben- und Schwulverband keine schnelle Besserung der Situation. ‚Das könnte aber langfristig eine Signalwirkung für die Unternehmen haben‘.“

EXBERLINER

February 2005:

Pink Marriage: Further down the Straight Road

„After all, isn't the idea of ‚rings on their fingers‘ a rather heterosexual concept, increasingly shunned these days as out-of-date even by heterosexuals? No, says LSVD spokesman Alexander Zinn. ‚Partnership is no straight concept at all. The idea of a ‚wedding‘ may have become one in western culture, but many ideas about same-sex partnerships exist in history and other cultures. Our fight is for everybody to have the possibility to marry, or to say no to it, as they wish.“

die tageszeitung

1. März 2005: Homos fordern 1:1

„Schwule und Lesben dringen auf volle Gleichstellung von Lebenspartnern mit Eheleuten. Mit der Kampagne ‚Aktion 1:1‘ gibt der Lesben- und Schwulverband der Gesetzesinitiative von Rot-Grün zur Gleichstellung im Erbschafts- und Steuerrecht Rückendeckung. Bei der Präsentation der Kampagne, die unter anderem von dem Schriftsteller Günter Grass, der Sängerin Katja Ebstein, dem Kabarettisten Dieter Hildebrandt, DGB-Chef Michael Sommer, Ver.di-Chef Frank Bsirske und dem Schauspieler Dietmar Schönherr unterstützt wird, appellierte Vorstandsmitglied Axel Hochrein gestern an die Unionsparteien, das Vorhaben nicht im Bundesrat zu blockieren.“



Leserbrief von Dr. P. Kunzweiler aus der Volksstimme Magdeburg, 27. Januar 2005:

„...Heute sind besonders ‚die Grünen‘ eifrige Verfechter der staatlich sanktionierten Homosexuellen- und Lesben-Ehen, ohne zur Kenntnis nehmen zu wollen, dass damit die Normal-Ehen von Mann und Frau mit dem ureigensten Sinn der Natur zur Zeugung und Erhaltung der Gattung ‚Mensch‘ abgewertet worden sind...“

Für eine Kultur des Respekts

Gastkommentar zum Antidiskriminierungsgesetz

VON BRUNHILDE RAISER

Eigentlich könnte es längst selbstverständlich sein: Diskriminierung jeder Art – ganz gleich wie begründet – ist verboten. Artikel 3 unseres Grundgesetzes regelt die Gleichheit vor dem Gesetz und den Schutz aller Menschen vor Diskriminierungen. Dennoch bedarf es der klaren gesetzlichen Regelungen für diese Grundforderungen.

Das geplante Antidiskriminierungsgesetz ist in der Bundesrepublik längst überfällig, sagen die einen. Selbst die Gegner und Gegnerinnen müssen zugeben, dass zumindest die EU-Richtlinien bereits hätten umgesetzt werden müssen. Das bedeutet zumindest, dass Benachteiligungen im Bereich Beschäftigung und Beruf hinsichtlich aller Diskriminierungsmerkmale (Rasse, ethnische Herkunft, Religion und Weltanschauung, Behinderung, Alter, sexuelle Identität und Geschlecht) verboten sind.

Nun geht der Entwurf der Bundesregierung darüber hinaus und regelt auch – zumindest weitgehend – den zivil- und sozialrechtlichen Bereich. Das ist nur konsequent, denn Menschen werden in allen Lebensbereichen diskriminiert. Verhindern kann dieses Gesetz Diskriminierung natürlich nicht grundsätzlich, so wie kein Gesetz Straftaten verhindert. Aber es bildet den rechtlichen Rahmen für eine entsprechende Kultur der Antidiskriminierung. Wo diese bereits gelebt wird, wird das Gesetz nicht groß beachtet werden – und wird schon daher nicht die befürchtete Prozessflut auslösen. Wo allerdings Menschen diskriminiert werden, weil sie schwul oder lesbisch, schwarz oder

behindert, Frau oder Muslima sind, bedarf es eben dieser gesetzlichen Regelungen, die Sanktionsmöglichkeiten einschließen.

Nur wenige Menschen in unserer Gesellschaft haben dieses Gesetz gewünscht. Viele lehnen es ab, und viele wird es nicht interessieren. Wenn es wirklich greifen soll, braucht es einen langen Prozess der Bewusstseinsbildung. Verbände wie der LSVD aber auch gerade der Deutsche Frauenrat mit seinem breiten Spektrum von Mitgliedsorganisationen sind dazu aufgefordert, diesen mitzugestalten.

Respekt ist gefragt – und Ihr „Respekt“ wird hoffentlich auch gefragt sein. Ich sehe ein hoffnungsvolles Zeichen darin, dass diese neue Zeitschrift zu einer Zeit startet, in der das Antidiskriminierungsgesetz beraten und hoffentlich bald verabschiedet wird. Der Publikation wünsche ich Erfolg. Den Mitgliedern des LSVD und allen Menschen, die u.a. wegen ihrer sexuellen Identität diskriminiert werden, wünsche ich ein Ende dieser Diskriminierungen und eben „Respekt“.



Brunhilde Raiser, 51, Germanistin und Theologin, ist Vorsitzende des Deutschen Frauenrates.

Kompetenz-Thema ohne Konzept

Lebenspartnerschaft: Union vor Richtungsentscheidung

VON AXEL HOCHREIN

Familienpolitik war für die Union schon immer ein besonders wichtiges Kompetenz-Thema. Da wusste man, wovon man spricht: Mann und Frau, später Kinder. Und alles steht unter dem Schutz des Grundgesetzes. Das war so, ist so, und bleibt so. Und auf einmal – spätestens seit dem Start der rot-grünen Regierung 1998 – brechen alle Dämme. Auf einmal soll „Ehe“ auch die Verbindung Frau und Frau oder Mann und Mann sein? Da stürzen konservative Weltbilder ein! Kein Wunder, dass die Union zunächst mit einem kategorischen „Nein“ reagierte.

Dieses kompromisslose „Nein“ bestimmte seither die Politik der Union. Doch spätestens nachdem das höchste deutsche Gericht entschieden hatte, dass Ehe und Familie durch die Lebenspartnerschaft nicht angegriffen werden, hätte man sich mit dem Thema auseinandersetzen müssen. Das ist nicht geschehen und so manövrierte man sich in die Situation, für das eigene Kompetenz-Thema kein Konzept zu haben. Steigende Scheidungsraten, zunehmend (gewollt) kinderlose Ehen, Zusammenleben ohne Trauschein, alleinerziehende Mütter/Väter und – last but not least – gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaften; auf all diese Lebensentwürfe kann man nicht nur mit dem Satz „Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutz des Grundgesetzes“ reagieren.

Inzwischen sind sich CDU und CSU dieses Dilemmas bewusst. Auch wenn es öffentlich nicht ausgesprochen wird. Aber es ist eine neue Tonlage, wenn der CSU-Vorsitzende Edmund Stoiber auf dem politischen Aschermittwoch 2005 in Passau vor 8000 treuesten Anhängern sagt: „Natürlich muss die Diskriminierung Homosexueller endgültig der Vergangenheit angehören. Deshalb ist es in Ordnung, dass Lebenspartner in Bereichen wie Namensrecht und Unterhalt, die allein ihre Rechtsstellung als Erwachsene berühren, rechtlichen Schutz genießen...“

Auch die Äußerungen der bayerischen Justizministerin Beate Merk im

Respekt-Interview lassen auf einen langsamen Sinneswandel schließen. Wenn Merk erklärt, Lebenspartnerschaften müssten „rechtlich gestärkt“ werden, ist das schon eine bemerkenswerte Äußerung für eine CSU-Politikerin.

Doch dieser Wandel kommt spät – und zu langsam in Gang. Es ist schon verwunderlich, dass Merk im selben Interview ankündigt, Bayern werde im Bundesrat gegen eine steuerliche Gleichbehandlung von Lebenspartnern stimmen. Und schlimmer noch: der Freistaat plant bereits den nächsten Gang nach Karlsruhe, diesmal gegen die Stiefkindadoption.

Auch wenn sich Bayern dort wahrscheinlich wieder ein blaues Auge holen wird: eine neue Klage gegen die Lebenspartnerschaft ist einfach das falsche Signal. So jedenfalls wird die „neue Offenheit“ der Union bei Lesben und Schwulen nicht ankommen. Statt juristischer Streitereien brauchen wir einen kritischen Dialog.

Die Union steht vor einer Richtungsentscheidung: jetzt mitgestalten oder sich verweigern, um dann später zu akzeptieren. Namhafte CDU-Politiker haben sich inzwischen öffentlich für steuerliche Verbesserungen für Lebenspartner ausgesprochen. Ob das für das für eine Mehrheit im Bundesrat reicht? Ein reines „Abnicken“ ist illusorisch. Um ein Vermittlungsverfahren wird man nicht herum kommen, und das wird die Union nicht scheitern lassen können. Ein Jahr vor der Bundestagswahl wäre das ein familienpolitischer Offenbarungseid.



Axel Hochrein, 41, Dipl. Betriebswirt (FH) ist Bundessprecher des LSVD und stellvertretender Bundesvorsitzender der LSU (Lesben und Schwule in der Union).

Sensibilisierung für Lesben und Schwule

LSVD engagiert sich im Forum Menschenrechte

VON PHILIPP BRAUN

Seit Anfang 2004 ist der LSVD im „Forum Menschenrechte“ aktiv. Das Forum, ein Netzwerk von mehr als 40 deutschen Nichtregierungsorganisationen (NGOs), setzt sich für einen verbesserten, umfassenden Menschenrechtsschutz ein. Es wurde 1994 im Anschluss an die Wiener Weltmenschrechtskonferenz gegründet. Ziel ist es u.a., die Menschenrechtspolitik der Bundesregierung kritisch zu begleiten.



Philipp Braun, 37, Ökonom, ist Bundessprecher des LSVD.

Für den LSVD hat sich die Mitarbeit im Forum Menschenrechte als sehr wichtig erwiesen. So ermöglicht die Vernetzung mit anderen Menschenrechtsorganisationen den Blick über den eigenen schwul-lesbischen Tellerrand. Der LSVD kann in vielerlei Hinsicht lernen von der Arbeit der anderen Mitgliedsorganisationen. Umgekehrt eröffnet die Mitgliedschaft im Forum auch die Möglichkeit, andere Organisationen für die Menschenrechte von Lesben und Schwulen zu sensibilisieren.

Das ist zum Beispiel gelungen, als sich der Berliner Kardinal Sterzinsky im vergangenen November zu homosexuellenfeindlichen Äußerungen hinreißen ließ. Bei einer Messe im polnischen Stettin hatte Sterzinsky erklärt, gegen die Lebenspartnerschaft sei Widerstand notwendig wie einst gegen die Nationalsozialisten. Auf Initiative des LSVD verurteilte das Forum Menschenrechte diese Äußerung in einem offenen Brief als „Geschmacklosigkeit und Entgleisung des Geschichtsbildes“.

Bei der Bewertung der Menschenrechtsarbeit der Bundesregierung konnte der LSVD dagegen nicht alle seine Vorstellungen durchsetzen. Das Forum Menschenrechte hatte dazu im vergangenen Oktober ein 16-Punkte-Papier vorgelegt. Leider ließ sich dabei kein Konsens darüber herstellen, sich auch für die Gleichstellung Eingetragener Lebenspartnerschaften mit der Ehe einzusetzen. Vertreter kirchlicher Organisationen verhinderten hier eine Einigung. Der Dissens in dieser für die Politik des LSVD zentralen Frage soll nun bei einer Veranstaltung in diesem Jahr erörtert werden.

An diesem Punkt ist also noch Überzeugungsarbeit nötig. Der LSVD wird sie in den nächsten Jahren leisten.

Denkmal nimmt Gestalt an

Künstlerischer Wettbewerb startet

VON GÜNTER DWOREK

Endlich ist es so weit. Das Denkmal für die im Nationalsozialismus verfolgten Homosexuellen tritt in die konkrete Realisierungsphase ein. Im Frühjahr startet der künstlerische Wettbewerb, mit dem die Gestalt des Denkmals gefunden werden soll.

Mit dem Gedenkort will die Bundesrepublik Deutschland laut Beschluss des Bundestages die verfolgten und ermordeten Opfer ehren, die Erinnerung an das Unrecht wach halten sowie ein beständiges Zeichen gegen Intoleranz, Feindseligkeit und Ausgrenzung gegenüber Schwulen und Lesben setzen.

Der Standort in Berlin ist beschlossene Sache: zentral gelegen an der belebten Ebertstraße zwischen Brandenburger Tor und Potsdamer Platz, direkt gegenüber dem Denkmal für die ermordeten Juden Europas.

Der künstlerische Wettbewerb wird vom Land Berlin im Auftrag der Bundesregierung und in Abstimmung mit den Initiatoren, der Initiative „Der homosexuellen NS-Opfer gedenken“ und dem LSVD, ausgelobt. Er ist grundsätzlich als geladener Wettbewerb angelegt. Von den insgesamt 30 Wettbewerbsteil-

nehmerinnen und -teilnehmern werden 23 von einem künstlerischen Beirat vorgeschlagen. LSVD und Initiative konnten aber ein offenes Element durchsetzen: Sieben weitere Teilnehmerinnen und Teilnehmer kommen über eine offene Bewerbungsphase unter Regie der Initiatoren ins Verfahren.

Der Aufruf, sich für den Wettbewerb zu bewerben, fand erfreulich große Resonanz. Er stieß auch international auf Interesse: 127 Einsendungen gingen ein, darunter Bewerbungen aus Österreich, Polen, den USA, Israel, Kanada, Schweden und Finnland. Die Auswahl der sieben „Gewinnerinnen und Gewinner“, die auf diesem Weg in den Wettbewerb gelangen, trifft eine unabhängige Kommission, die von Initiative und LSVD berufen wurde.

Die große Beteiligung ist ein guter Start in die Realisierung des Denkmals. Als Auftakt für den eigentlichen Wettbewerb wird am 7./8. April in Berlin ein öffentliches Kolloquium zum Denkmal stattfinden.

Näheres im Internet: www.gedenkort.de

„Nicht meckern, besser machen!“

Jens Biskys Roman „Geboren am 13. August“

VON EDUARD STAPEL

Die fast unübersehbar gewordene DDR-Aufarbeitungs-Literatur kommt meist als wissenschaftliche Abhandlung daher; seltener sind persönliche Erinnerungen – zumal von jemandem aus einem „sozialistischen Elternhaus“, der noch dazu schwul ist. Um so erfreulicher nun die Erfahrungen Jens Biskys, geboren 1966, Sohn des derzeitigen PDS-Vorsitzenden, die er in den letzten beiden DDR-Jahrzehnten in und mit diesem Staat gemacht hat. Und später auch mit sich selbst, als er nämlich in der Wendezeit und danach mehr von der DDR sah als zu der Zeit, als er noch mitten in ihr lebte.

Und nun kann Bisky nur mit zynischer Wut reagieren. Wer die DDR nicht auch anders kennt, kann schnell zu dem Schluss kommen, die ganze DDR wäre nur eine „erstarrte Formel“ gewesen. Bisky schreibt seine oft tragikomischen Episoden in der Regel so, als bestände das Leben in der DDR nur aus „vorgeschriebenen Rollen“, aus „Unterwerfung“, aus „geplanter Gleichförmigkeit...“ Nun, er schreibt eben nicht, wie die DDR war, sondern wie er sie erlebt hat. Und er erkennt spät. Die Entschuldigung: „Es kann schwer werden, aus dem Konsens der Selbstverständlichkeit auszuscheren, wenn die Jasager freundlich, intelligent, engagiert, erwachsen sind, man selbst dagegen noch unsicher ist, irgendwo Halt sucht.“ In der Tat! Und mit solcher Erkenntnis wird das Buch auch für andere in „geplanter Gleichförmigkeit“ interessant.

Aber ohne des Autors weitere Hilfe. Denn Bisky rechnet mit seiner eigenen „Dummheit“ und mit den Leuten, die ihn in diese Dummheit zwingen, so zynisch ab, dass er nicht zu letzter Ehrlichkeit vordringt: Warum hat er die „Spannung in der DDR“ – „Direkt neben der Öde lagen verwunschene Gärten, künstliche Paradiese der Welterkenntnis.“ – offenbar bemerkt, dann aber die letzten Jahre der DDR „im Warten auf eine Entscheidung“ verbracht und sich erst am 9. Oktober 1989 („Entscheidungs“-Demo in Leipzig) gefragt, „Wohin gehör(t)e ich?“!



Jens Bisky: „Wo gehöre ich hin?“

Gelernt hatte er doch „nicht meckern, besser machen!“ Stattdessen: „...wenn endlich auch in der DDR die Perestroika begann, dann wollte ich...zur Stelle sein“. Erst „dann“! Dabei hat er – (auch) erst 1988 und damit rund 10 Jahre zu spät – bemerkt, dass sich „die politische Opposition im Lande formierte“. Von der DDR-Schwulenbewegung (seit 1982) hat er offenbar gar nichts mitbekommen. Sein Schwulsein passierte nur privat. Und wo es – wie bei der Armee – beinahe öffentlich zu werden drohte, erzählt er eine Geschichte der weltweit üblichen Dummheit. An Widerstand hat Bisky offenbar nie gedacht – weder als Staatsbürger noch als Schwuler. So vermittelt das Buch vermutlich den – falschen – Eindruck, als hätte man überhaupt und speziell als Schwuler in der DDR nicht auch sinnvoll leben und erst recht nichts tun können. Dennoch und gerade deshalb lohnt die Lektüre, beschreibt das Buch doch eindrucksvoll und literarisch gekonnt einen Weg in der DDR, von dem man bisher nicht allzu viel lesen konnte, obwohl er gewöhnlicher war, als es heute aussieht.

Jens Bisky, geboren am 13. August, Der Sozialismus und ich.
Rowohlt Berlin Verlag, 240 Seiten, 17,90 €.

Szenarien der Homophobie

Langzeitstudie „Deutsche Zustände“ beleuchtet auch Homosexuellenfeindlichkeit

VON GÜNTER DWOREK

Das dritte Mal in Folge legt eine Forschungsgruppe um den Bielefelder Soziologen Wilhelm Heitmeyer in der Reihe „Deutsche Zustände“ Ergebnisse ihres Langzeitprojektes zu Erscheinungsweisen, Ursachen und Entwicklungen von „Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit“ vor. Die präsentierten Daten stimmen nicht gerade hoffnungsfroh. Bestimmte menschenfeindliche Einstellungen scheinen sich aktuell eher zu verstärken als aufzulösen. Besonders deutlich hat die Forschungsgruppe dies bei Fremdenfeindlichkeit gemessen; aber auch Aversionen gegenüber Homosexuellen nehmen anscheinend wieder zu.

In dem Sammelband aus empirischen Forschungsergebnissen, Fallgeschichten und Essays nimmt LSVD-Pressesprecher Alexander Zinn „Szenarien der Homophobie“ unter die Lupe. Er arbeitet antihomosexuelle Diskurse heraus, die parallel zum vorherrschenden Medienbild allseitiger Toleranz stattfinden, teilweise unterschwellig, z.B. im Reden über geoutete Prominente, teilweise recht offen, wenn Konservative einen ideologischen Gegensatz Homosexuelle

versus Familie zu konstruieren suchen. Besonders virulent sind religiös legitimierte Ideologien der Ungleichwertigkeit – vor allem im katholischen wie im islamischen Spektrum.

Auch wenn die antihomosexuellen Diskurse mitunter wie Rückzugsgefechte wirken, sind sie dennoch nicht ungefährlich. Anhand konkreter Beispiele zieht Zinn Verbindungslinien zu antihomosexuellen Gewalttaten, begangen zumeist von jungen Männern, befördert durch Desintegration, Verunsicherungen im eigenen Männlichkeitsbild aber eben auch durch eine Ideologie der Ungleichheit, die Homosexuelle zu Minderwertigen stempelt. Gewalttäter können sich so als Vollstrecker einer imaginierten Mehrheitsmeinung fühlen.

Deutsche Zustände Folge 3: Sicher keine erbauliche Lektüre, aber eine wichtige Grundlage für alle, die sich um Respekt, Akzeptanz und Gewaltfreiheit bemühen.

Deutsche Zustände Folge 3, Hg. von Wilhelm Heitmeyer,
edition Suhrkamp 2388, Frankfurt am Main, 279 Seiten, 10 €.

Sachsen-Anhalt

Feier zum 15. Geburtstag des LSVD

Magdeburg. Am 23. Februar 2005 wurde der 15. Jahrestag der Verbandsgründung in der Magdeburger Geschäftsstelle des LSVD gefeiert. Zahlreiche Lesben und Schwule sowie Personen des öffentlichen Lebens in Sachsen-Anhalt erschienen zu dem Empfang, unter ihnen der CDU-Landtagsabgeordnete Wigbert Schwenke, die SPD-Abgeordnete Renate Schmidt und der Grünen-Mitarbeiter Max Brates.

LSVD-Bundessprecher Eduard Stapel – einer der Gründungsväter des Verbandes – hielt den Festvortrag. Darin würdigte er die Gründung des „Schwulenverbandes in der DDR (SVD)“ am 18. Februar 1990 als logische Folge der ostdeutschen Lesben- und Schwulenbewegung und als Initialzündung einer Bürgerrechtspolitik für gleiche Rechte von Lesben und Schwulen.

Im weiteren Verlauf des Abends wurde auch die Aktion 1:1 des LSVD öffentlich vorgestellt. Prominenteste Unterstützer aus Sachsen-Anhalt sind der SPD-Fraktionsvorsitzende im Magdeburger Landtag und Spitzenkandidat seiner Partei für die Landtagswahl 2006, Jens Bullerjahn, und die Bundestagsabgeordnete von Bündnis 90/Die Grünen, Undine Kurth.

Martin Pfarr

Streit um Karnevalslied

Magdeburg. Der LSVD Sachsen-Anhalt hat sich für den Köthener Karnevalspräsidenten Mormann eingesetzt. Dieser war in der Mitteldeutschen Zeitung wegen eines Karnevalsliedes mit einem angeblich „gehässigen Text auf Schwule“ kritisiert worden. In dem Lied, in dem es um den Mord an Rudolph Moshammer ging, heißt es unter anderem: „Gib uns die Hand, mein schwuler Bruder! / Gib uns die Hand, mein warmer Bruder! / ... Rosa Noppen verändern die Welt! / Oh, Brüder weint und betet nicht mehr! / Erlösung kommt uns nicht von dort her! / Kämpft für Lack und Leder, setzt Euch zur Wehr! / ...“ Der LSVD Sachsen-Anhalt erklärte, man könne an dem Text „nicht das Pünktchen einer Gehässigkeit“ erkennen. Auch „warmer Bruder“ sei „kein Schimpfwort mehr, seit wir es offensiv benutzen wie das einstige Schimpfwort schwul!“

Martin Pfarr

Hessen

LSVD-Neujahrsempfang

Frankfurt am Main. Viele Gäste des Frankfurter In-Lokals PULSE wunderten sich am Abend des 23. Januar über eine lange Schlange von erwar-

tungsvollen Besucherinnen und Besuchern. Der LSVD Hessen hatte zu seinem ersten Neujahrsempfang eingeladen. Im Verlauf des Abends wurden 95 Gäste gezählt. Viele Vertreter lesbisch-schwuler Vereine und Unternehmen waren gekommen, u.a. von „Homosexuelle und Kirche“, 40+, der schwulen Managergruppe „Völklinger Kreis“ und den „Schwusos“. Auch Vertreter der Frankfurter CDU, FDP und der Römergrünen waren vertreten.

Zur Begrüßung fasste der hessische LSVD-Pressesprecher Ralf Harth die Verbandsarbeit des Jahres 2004 zusammen und lieferte einen Ausblick auf 2005. Elizabeth Miersch von ILSE-Hessen (Initiative lesbisch-schwuler Eltern) stellte die Gruppe und deren Programm für Regenbogenfamilien vor.

Ehrengast Manfred Bruns blickte in seiner Ansprache auf rechtliche Durchbrüche in 2004 und auf die anstehenden Auseinandersetzungen um das Antidiskriminierungs- und das Ergänzungsgesetz. Bruns verurteilte die scharfen Angriffe der deutschen Arbeitgeberverbände und der katholischen Kirche gegen das Antidiskriminierungsgesetz als vorgeschoben und absurd. Internationale Vergleiche mit den USA, Großbritannien, den skandinavischen und den BeNeLux-Ländern zeigten, dass keine Prozessflut durch Antidiskriminierungsgesetze entstehe. Das Gesetz werde die Menschen aber für alltägliche Diskriminierungen gegen Lesben und Schwule sensibilisieren und zu Verbesserungen des gesellschaftlichen Umfeldes beitragen.

Für das leibliche Wohl sorgte ein vom PULSE gesponsertes Buffet – für Unterhaltung eine Tombola mit vielen attraktiven Preisen.

Für den LSVD-Hessen war der Neujahrsempfang ein gelungenes Projekt. Er bestärkte den Landesverband, noch stärker auf Lesben und Schwule zuzugehen und niedrigschwellige Angebote zu machen. Mehr Infos: www.hessen.lsvd.de

Ralf Harth

Ortsgruppe Köln

Neue Stammtische und Outdoor-Gruppe

Köln. Der Ortsverband Köln weist auf zwei neue Stammtische hin: Der LSVD-Stammtisch trifft sich jeden 4. Donnerstag im Monat ab 20 Uhr im „Dimenti“, Hahnenstr. 16-18, 50667 Köln. Der ebenfalls neue Frauen-Stammtisch trifft sich jeden 3. Donnerstag im Monat ab 19 Uhr im „Café Gezeiten“, Balthasar Straße 1, 50676 Köln. Darüber hinaus plante der OV Köln, eine lesbisch-schwule

„Outdoor-Gruppe“ zu gründen. Interessenten hierfür können sich gerne an den Vorstand wenden: koeln@lsvd.de.

Baden-Württemberg

LSVD-Zeltwochenende am Bodensee

Stuttgart. Bereits zum dritten Mal organisiert der LSVD Baden-Württemberg ein Zeltwochenende am Bodensee. Vom 9.-11. September 2005 – und diesmal ohne Altersbegrenzung und damit offen für alle. Neben Spaß und Fun, vielleicht einem Kurztrip in die Schweiz, soll es die Möglichkeit zur Information und zum Austausch geben. Ein Wochenende für alle, die nicht immer die Annehmlichkeiten eines Hotels brauchen. Zur Verfügung stehen ein kleines Freizeithaus mit 3-, 4- und 6-Bett-Zimmern. Weiterhin gibt es 4 große Zelte mit je 8 Schlafplätzen auf Feldbetten. Zum Bodensee sind es ca. 2-3 Gehminuten.

Inhaltlich soll es um die aktuelle Rechtslage und den Alltag bei der Eingetragenen Partnerschaft, um Familienplanung und Coming Out gehen.

Weitere Informationen gibt es beim LSVD Baden-Württemberg, Postfach 13 10 36 in 70068 Stuttgart oder 07946/947 927 (Sonja) oder demnächst auf der Homepage www.bawue.lsvd.de.

Antje Ferchau

LSVD-Vorstand Baden-Württemberg neu gewählt

Stuttgart. Am 19. Februar fand in den Räumen der Evangelischen Gesellschaft in Stuttgart der achte Verbandstag des LSVD Baden-Württemberg statt. Zunächst informierte Manfred Bruns vom Bundesvorstand über die aktuellen Entwicklungen beim Antidiskriminierungs- und Lebenspartnerschaftsgesetz. Im Anschluss wurde die Aktion 1:1 vorgestellt.

Der Antrag des Vorstandes, ein aktives Antrags-, Wahl- und Abstimmungsrecht für Vereine, die Mitglied im LSVD sind, zu verankern, wurde einstimmig angenommen. Darüber hinaus wurde der Landesvorstand neu gewählt. Für vier Vorstandsmitglieder endete die zweijährige Amtszeit. Suse Enchelmayer, Harald Immer und Matthias Henze kandidierten erneut und wurden wiedergewählt. Neu gewählt wurde Siegfried Mögle aus Leinfelden-Echterdingen. Helmuth Bühler schied nach vier Jahren aktiver Vorstandstätigkeit aus beruflichen Gründen aus. Der Verbandstag sprach ihm seinen Dank aus für sein unermüdliches Engagement und insbesondere für seine Bemühungen um die Gay & Gray Gruppe.

Antje Ferchau

„Çigdem ist lesbisch. Vera auch!“

Der LSVD Berlin-Brandenburg geht in die Offensive: Unter dem Motto „Çigdem ist lesbisch. Vera auch! Sie gehören zu uns. Jederzeit!“ startete im Februar eine Emanzipationskampagne für lesbische Migrantinnen.

Gefördert von der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Sport und unterstützt vom Türkischen Bund in Berlin-Brandenburg (TBB) wirbt die Kampagne für Respekt und Solidarität. Sie knüpft unmittelbar an die bundesweit beachtete Aktion „Kai ist schwul. Murat auch!“ vom Sommer 2004 an. Respekt sprach mit den Organisatoren der Kampagne: Renate H. Rampf, Mitarbeiterin des LSVD Familien- und Sozialvereins, und Jörg Litwischuh, Geschäftsführer des LSVD Berlin-Brandenburg.

Respekt: Welche Strategie verfolgt Ihr mit dem neuen Plakatmotiv?

Renate: Das „Çigdem-Plakat“ ist Teil einer langfristig angelegten Lesbenoffensive des LSVD: Es geht um die Unterstützung lesbischer Migrantinnen und die Darstellung selbstbewusster Lesben in der Öffentlichkeit.

Jörg: Unsere Kommunikationsstrategie, mit tausenden Postern und Großflächenplakaten eine breite Öffentlichkeit zu erreichen, soll das Tabu der Homosexualität in den Migrationscommunities brechen.

Zunächst war ja ein anderer Text geplant: Fatma ist lesbisch – Maria auch. Warum habt Ihr den Slogan geändert?

Jörg: Im Vorfeld der Kampagne sind wir von der islamistischen Onlineplattform Muslim-Markt scharf angegriffen worden. Migrantinnenverbände und der Senat haben uns daraufhin geraten, auf den als „heilig“ empfundenen Namen „Fatma“ zu verzichten. Wir haben dies akzeptiert, weil wir von dem Anliegen, auf die Lebenssituation von lesbischen und schwulen Migrantinnen aufmerksam zu machen, nicht ablenken wollten.

Renate: Aber wir haben auch Bauchschmerzen damit. Nicht nur, weil es viele lesbische Frauen gibt, die Fatma oder Maria heißen. Es ist außerordentlich bedenklich, wenn radikale Eiferer diktieren können, was in der Öffentlichkeit gesagt werden darf und was nicht.

Welche Organisationen und Gruppen unterstützen die Kampagne?

Renate: Im Vergleich zum Männerplakat haben wir jetzt noch mehr Unterstützergruppen gefunden: So zum Beispiel das Projekt „LesMigras“ der Lesbenberatung Berlin und das Lesbenmagazin „L-mag“. Mit ihnen planen wir z.B. gemeinsame Aufklärungsveranstaltungen und Plakatierungen in den Kiezen.

Jörg: Die finanzielle Unterstützung der Senatsbildungsverwaltung hat es uns ermöglicht, die Lesbenkampagne in noch größerem Umfang als geplant zu realisieren.

...und Ihr habt prominente Lesben gewonnen?

Renate: Die Rechtsanwältin und Gewinnerin des Berliner Frauenpreises 2004, Seyran Ates, und die Schauspielerin, Sängerin, Kabarettistin und Gewinnerin des Berliner Frauenpreises 2000, Maren Kroymann, unterstützen unsere Kampagne öffentlich. Ihr Standing und ihre Bekanntheit wird das Anliegen der Kampagne in breitere Bevölkerungsgruppen tragen.

Jörg: Wir glauben, dass das Lesben-Motiv viel stärker in den Migrantinnencommunities diskutiert werden wird, als das Männer-Plakat, weil Frauen hier oft kein Recht auf eine eigene Sexualität zugestanden wird. Auf unserem Plakat präsentieren sich dagegen selbstbewusste, moderne Frauen, die sich ihre Sexualität weder vorschreiben noch aberkennen lassen.

LSVD
Lesben- und Schwulenverband

**ÇİĞDEM
IST LESBISCH.
VERA AUCH!**

**Sie gehören
zu uns.
Jederzeit!**

TÜRK-GAYS LESBIANS
www.turk-gays-lesbians.de

Telefon: 030 – 44 00 82 40
Willmannsdamm 8, 10627 Berlin
www.miles.lsvd.de

Zentrum für Migrantinnen,
Lesben und Schwule

MILES
Ein Projekt des LSVD

Mit finanzieller Unterstützung von:

TBB
Türkischer Bund
in Berlin-Brandenburg

Berlin
Senatsverwaltung für
Bildung, Jugend und Sport
Förderbereich für gleichgeschlechtliche Partnerschaften

LSVD
Berlin-Kontaktpunkt Gaymen
www.kontaktpunkt-gaymen.de

LES MIGRAS
Lesbenberatung
www.lesmigras.de

Lmag
magazin für lesben

Berliner Polizei
Anspruchsbereich für
gleichgeschlechtliche
Partnerschaften

Neues Plakatmotiv des LSVD Berlin-Brandenburg.

Keine Entwarnung bei antischwuler Gewalt

Überfalltelefon „Köln 19228“ legt Anti-Gewalt-Bericht 2004 vor

VON FRANK G. POHL

Das Schwule Überfalltelefon Köln 19228 hat seinen Anti-Gewalt-Bericht 2004 vorgelegt. Neben Zahlen zur antischwulen Gewalt enthält der Bericht Vorschläge zur Gewaltprävention und zur Förderung der Akzeptanz Homosexueller.

In 2004 wurden dem Kölner Projekt 46 Fälle antischwuler Gewalt gemeldet. Vergleicht man die Fälle seit der Gründung des Überfalltelefons, dann ist das kein Spitzenwert. Im Vergleich zum Vorjahr ist die Zahl der gemeldeten Fälle aber gestiegen. Die Ursachen können sehr unterschiedlicher Art sein, z. B. eine allgemeine Zunahme der Anzeige- und Meldebereitschaft. Auch die verstärkte Werbung des Überfalltelefons kann die Statistik beeinflusst haben. Ein eindeutiger Trend lässt sich an den Zahlen noch nicht ablesen.

Kritisch beurteilt der Bericht die Entwicklung bei der Polizei. Bei der Verbrechensaufklärung und der General- wie Spezialprävention im Bereich antischwuler Gewalt werden insgesamt strukturelle Rückschritte auf Seiten der Polizei in Köln und NRW festgestellt. Strafanzeigen wurden von Polizei-Beamten zwar nicht mehr „spürbar ablehnend“ entgegengenommen. Dennoch mussten Anzeigensteller immer wieder feststellen, dass es für die Beamten das Phänomen antischwuler Gewalt nach ihrem Kenntnisstand „nicht gibt“.

Das Kölner Projekt fordert deswegen die Weiterführung der polizeiinternen Fortbildung zu lesbisch-schwulen Lebensformen und antihomosexueller Ge-

walt. Dies ist ein Grundpfeiler des „Kölner Modells“. Frühere positive Entwicklungen bei der Kölner Polizei wie dem LKA NRW sind nach Auffassung des Anti-Gewalt-Projekts wieder aufzugreifen. Die Bedeutung der polizeilichen AnsprechpartnerInnen für gleichgeschlechtliche Lebensweisen vor Ort ist dabei zu stärken.

Auch die Erfassung von „antischwuler Kriminalität“ bei Polizeibehörden sollte erneut erwogen werden, ohne von der bisherigen Prämisse abzuweichen, dass bei Anzeigestellung „schwul/lesbisch/transgender“ kein Personenkennzeichen werden darf. Es sollte jedoch ermöglicht werden, eine „antihomosexuelle“ Straftat in der Anzeige getrennt von den Personendaten zu registrieren. Dies müsste heute technisch machbar sein, bedürfe aber erneuter Diskussionen mit Innenministerien und LKA.

Abschließend wird in dem Bericht vorgeschlagen, eine wissenschaftliche Studie zur antihomosexuellen Gewalt durchzuführen und eine Dokumentationsstelle einzurichten. Für 2005 wird ein bundesweites Treffen von Einrichtungen angeregt, die mit dem Thema Gewalt gegen Lesben und Schwule befasst sind, um mögliche Fragestellungen zusammenzutragen und das Profil einer bundesweiten Dokumentationsstelle zu erörtern.

Nachzulesen ist der dokumentierte Anti-Gewalt-Bericht 2004 unter:
www.koeln19228.de

„Toleranz und Respekt müssen erstritten werden“

Maneo - Berlins schwules Überfalltelefon und Opferhilfe

VON BASTIAN FINKE

Das Projekt „**Maneo – Schwules Überfalltelefon und Opferhilfe**“ erfasst seit 1990 Fälle von Gewalt und Diskriminierung zum Nachteil schwuler Männer in Berlin und im Umland. Maneo ist ein eigenständiges Projekt von Mann-O-Meter e.V., Berlins schwulem Informations- und Beratungszentrum. Für seine Arbeit wurde Maneo mehrfach ausgezeichnet: 1999 erhielt das Projekt den Mete-Ecksi-Preis und 2001 den CSD-Preis für Zivilcourage.

Mit Maneo verbinden sich die Arbeitsbereiche „Opferhilfe“, „Gewalterfassung“ und „gewaltpräventive Öffentlichkeitsarbeit“. Alle drei Bereiche ergänzen und unterstützen sich und sind voneinander nicht zu trennen. Die Gewalterfassung dient dazu, Erkenntnisse über die Gewalttaten und ihre Ursachen zu gewinnen, die Gewalt beim Namen zu nennen und dazu beizutragen, dass schwulenfeindliche Übergriffe nicht länger ignoriert werden können. Die Opferhilfearbeit dient dazu, dass die Betroffenen in ihren Anliegen und Sorgen ernst genommen werden und professionelle Unterstützung und Hilfe erhalten. Schließlich werden die gesammelten Fakten dazu genutzt, gewaltpräventive Maßnahmen zu entwickeln und einzuleiten. Maneo hat hierzu bereits zahlreiche Aktionen erfolgreich durchgeführt, zuletzt eine Aufklärungsaktion zum Thema KO-Tropfen und „Safer Surfen – Vorsicht bei ‚Blind Dates‘“.

Im Jahr 2003 registrierte Maneo über 260 Gewalttaten zum Nachteil schwuler Männer. Darunter 183 Fälle mit einem schwulenfeindlichen Hintergrund. Viele Beispiele hat Maneo auf seiner Homepage veröffentlicht, u.a.

den Fall von drei schwulen Jugendlichen, 14, 15 und 16 Jahre alt, die in einem Bus von drei älteren Jugendlichen als Schwule beschimpft und schließlich körperlich angegriffen wurden. Beispiele aus dem Jahr 2004 sind bereits auf der Maneo-Homepage zu finden, darunter auch zahlreiche Raubstraftaten. Die Täter halten Schwule meist für einfache Beute, weil sie der Meinung sind, derartige Übergriffe seien moralisch vertretbar. In Strafverfahren rechtfertigen sie sich oft damit, sie seien von ihren Opfern angemacht, provoziert oder gar sexuell belästigt worden.

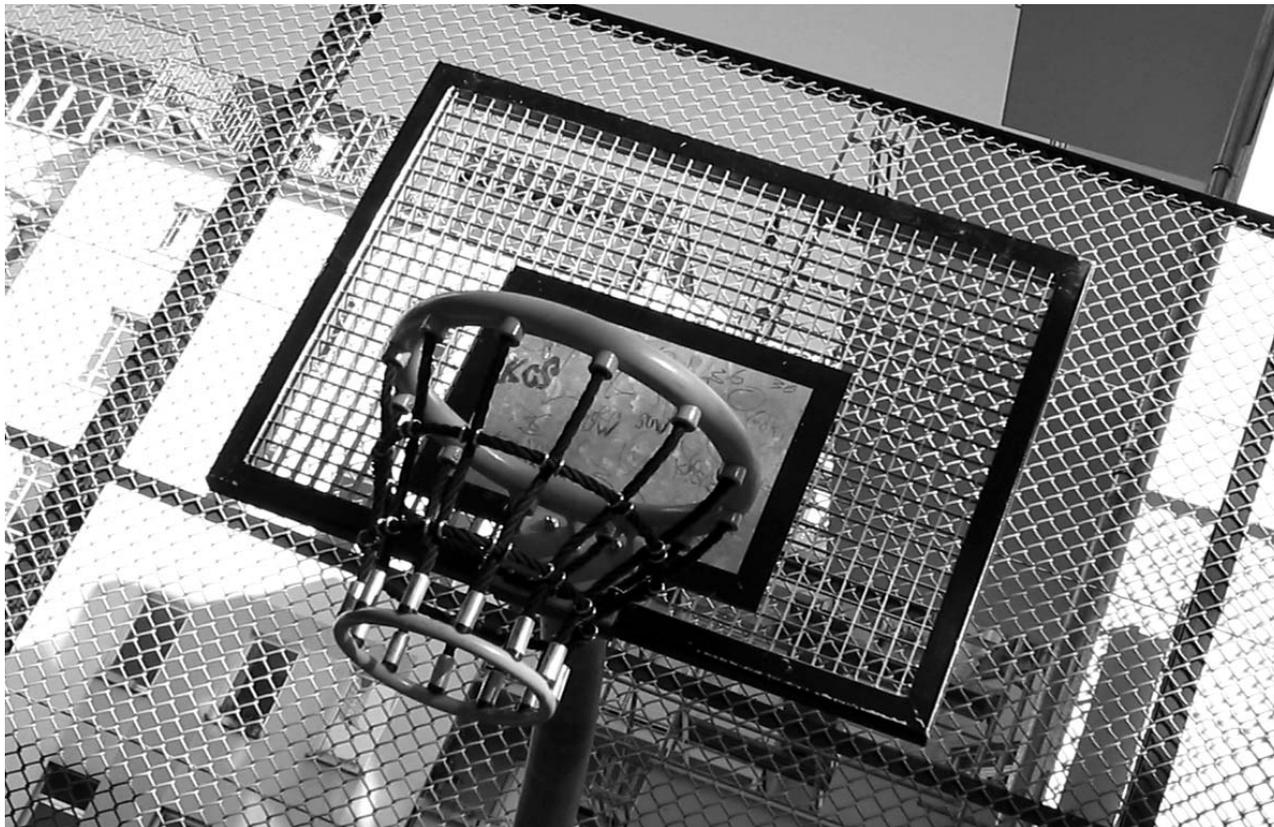
Der Einsatz und die Unterstützung für Opfer von Gewaltstraftaten geht einher mit dem Bemühen, die Ursachen der Gewalt zu verstehen und zu bearbeiten. Deshalb engagiert sich Maneo u.a. als Partner des Projekts „Schule ohne Rassismus, Schwule mit Courage“. Neben dem klaren Signal, das wir gemeinsam mit der Polizei an die Täter richten, dass es sich bei Übergriffen auf Schwule um Straftaten handelt, die verfolgt und bestraft werden, engagiert sich Maneo für sexualpädagogische und gewaltpräventive Aufklärungsarbeit unter Jugendlichen, eben auch an Schulen. Denn Toleranz und Respekt gegenüber Homosexuellen müssen in kontinuierlicher Arbeit erstritten und erhalten werden. Für seine Arbeit wurde Maneo mehrfach ausgezeichnet: Mete-Ecksi-Preis (1999), CSD-Preis für Zivilcourage (2001), Anerkennung durch die Landeskommission Berlin gegen Gewalt (2003).

Maneo – Schwules Überfalltelefon und Opferhilfe
030-2163336, Internet: www.maneo.de

Berlin steht zusammen...

Neues Projekt gegen Homosexuellenfeindlichkeit gestartet

VON JÖRG LITWINSCHUH



Sport: Wettkämpfe gegen Vorurteile.

Homosexualität ist an Schulen und in Jugendzentren noch immer ein Tabuthema. Selten gibt es geoutete Lehrer oder Sozialarbeiter. Im Unterricht oder in der Jugendarbeit werden die Themen Homosexualität und Homophobie nur von sehr wenigen engagierten Pädagogen angesprochen. Dies ist keine neue Erkenntnis, doch diese Situation scheint sich insbesondere in Berlin zunehmend zu verschärfen: Immer mehr Lehrer übergehen das Thema Homosexualität im Unterricht, Diskriminierungen gegen Schüler, Lehrer oder Sozialarbeiter, die für homosexuell gehalten werden oder offen mit dem Thema umgehen, sind an der Tagesordnung. Das hängt auch damit zusammen, dass inzwischen viele Schüler aus Migrationsfamilien kommen, in denen Homosexualität oftmals noch stärker tabuisiert wird als unter Deutschen.

Aus diesem Grund hat der LSVD Berlin-Brandenburg im Herbst 2004 das dreijährige Pilotprojekt **„Berlin steht zusammen – Gemeinsam gegen Homosexuellenfeindlichkeit“** gestartet. Gemeinsam mit Migrantenorgani-

sationen, Quartierbüros, lesbisch-schwulen (Sport-)Vereinen und noch zu gründenden **„Respect Teams“** an Schulen und in Jugendzentren sollen Jugendliche mit und ohne Migrationshintergrund ihre Vorurteile gegenüber Homosexuellen und Homosexualität abbauen und ihren eigenen Beitrag zur (Gewalt-)Prävention leisten. Dabei werden Sensibilisierungsmaßnahmen (z.B. mehrere Aufklärungskampagnen) mit Begegnungsprogrammen kombiniert.

Als Höhepunkt des Projekts werden im September 2006 und im Frühling 2007 die **„Berlin Respect Gaymes“** gemeinsam mit Berliner Sportvereinen und Sponsoren ausgerichtet. Neben Fußball, Kampfsport und Tanz soll auch das kulturelle Angebot nicht zu kurz kommen. Im Rahmen des Kulturprogramms werden die besten **„Respect Teams“** ausgezeichnet und ihre Arbeiten der Öffentlichkeit vorgestellt.

E-mail: berlin@lsvd.de, Tel. 030-44008240
Internet: www.respect-gaymes.de

Geschäftsstellen

LSVD Bundesgeschäftsstelle

Pipinstr. 7, 50667 Köln
Postfach 10 34 14, 50474 Köln
Tel.: 0221-92 59 61-0
Fax: 0221-92 59 61-11
Email: lsvd@lsvd.de
Internet: www.lsvd.de

LSVD Pressestelle

Postfach 30 21 34, 10752 Berlin
Tel.: 030-789 54 778
Fax: 030-789 54 779
Email: presse@lsvd.de

LSVD Landesverband Bayern

Neuhäuserstr. 11, 86154 Augsburg
Tel. 0821-41 51 86, Fax 0821-41 51 60
Email: Bayern@lsvd.de

LSVD Landesverband Baden-Württemberg

Postfach 13 10 36, 70068 Stuttgart
Tel. 07949-94 79 27, Fax 07949-94 79 28
Email: ba-wue@lsvd.de

LSVD Landesverband Berlin-Brandenburg

Willmannsdamm 8, 10827 Berlin
Tel.: 030-44 00 82 40
Fax: 030-44 00 82 41
Email: berlin@lsvd.de
Internet: www.berlin.lsvd.de

LSVD Landesverband Hessen

Postfach 17 03 41, 60077 Frankfurt / Main
Tel. 069-95 54 96 16, Fax. 069-94 54 96 15
Email: hessen@lsvd.de

LSVD Landesverband Hamburg

c/o Felix Krüger
Bernhardt-Nocht-Str. 68, 20359 Hamburg
Tel. 040-31 79 29 83, Fax 040-31 79 29 72
Email: hamburg@lsvd.de

LSVD Landesverband Niedersachsen-Bremen

Postfach 3232, 49019 Osnabrück
Tel.: 0700-578 366 73
Email: nds-bremen@lsvd.de

LSVD Landesverband Nordrhein-Westfalen

Pipinstr. 7, 50667 Köln
Tel.: 0221-92 59 61-0
Fax: 0221-92 59 61-11
Email: nrw@lsvd.de

LSVD Landesverband Rheinland-Pfalz

c/o Franz-Josef Oestemer
Stettiner Str. 6 c, 65203 Wiesbaden
email: rlp@lsvd.de

LSVD Landesverband Saarland

Postfach 10 28 01, 66028 Saarbrücken
Tel. 0681-39 88 33, Fax 040-36 03 29 88 08
Landesgeschäftsstelle
Mainzer Str. 44, 66111 Saarbrücken
email: saar@lsvd.de

LSVD Sachsen

c/o LSVD Bundesverband e.V.
Postfach 10 34 14, 50474 Köln
Tel. 0221-925 961-0, Email: lsvd@lsvd.de

LSVD Landesverband Sachsen-Anhalt

Walter-Rathenau-Str. 31, 39106 Magdeburg
Tel. 0391-54 32 569, Fax 0391-54 32 569
Postadresse: Postfach 1906, 39009 Magdeburg
email: md-lsvd@gmx.de

LSVD Landesverband Schleswig-Holstein

c/o Anja Wolkowski
Ziegelstr. 134, 23556 Lübeck
Tel.: 0451-396 896 96
Email: schleswig-holstein@lsvd.de

LSVD Landesverband Thüringen e.V.

Windthorststr. 43 a, 99096 Erfurt
Tel. 0361-55 04 82 82, Fax 0361-55 04 82 83
Email: info@lsvd-thueringen.de

Projekte

Projekt Regenbogenfamilien

Familien- und Sozialverein des LSVD
Pipinstraße 7, 50667 Köln
Tel.: 0221-92 59 61 16
Fax: 0221-92 59 61 11
elke.jansen@lsvd.de
Beratung: family@lsvd.de
Hotline: 0221-92 59 61 26

Projekt Migrationsfamilien

Familien- und Sozialverein des LSVD
Willmannsdamm 8, 10827 Berlin
Tel.: 030 – 789 54 772
Fax: 030 – 789 54 779
r.rampf@lsvd.de

Projekt MILES

Zentrum für Migranten, Lesben und Schwule
LSVD Landesverband Berlin-Brandenburg
Willmannsdamm 8, 10827 Berlin
Tel.: 030 - 44 00 82 40
Fax: 030 - 44 00 82 41
berlin@lsvd.de
www.miles.lsvd.de

Ilse-Gruppen

ILSE – Initiative lesbischer und schwuler Eltern

in Deutschland
ilse@lsvd.de
www.ilse.lsvd.de

Regionalgruppen SÜD

Ilse Freiburg

E-Mail ilse.freiburg@lsvd.de

Ilse Nordbayern

Nicola Buchen-Adam
Tel.09 11 - 5 40 06 67
E-Mail: ilse.nordbayern@lsvd.de

Ilse Tübingen

Katrin Voigt
Postfach 13 10 36, 70068 Stuttgart
Tel.079 46 – 94 79 27
E-Mail: ilse.tuebingen@lsvd.de

Ilse Süd

LesFam

Postfach 13 10 36, 70068 Stuttgart
Tel. 07946 / 947 927, Fax. 07946 / 947 928
E-Mail: ilse.lesfam@lsvd.de
http://bw.lsvd.de

Regionalgruppen WEST/Mitte

ILSE Bergisches Land

E-Mail: ilse.Berg-Ruhr@lsvd.de

ILSE Bielefeld

Karin Wessel
Tel.05 21 - 47 98 89
E-Mail: ilse.Bielefeld@lsvd.de

ILSE Saar

Markus Müller
Tel.0 68 06 - 44 07 30
Margot Seibüchler
Tel.0 68 25 - 8 82 71
E-Mail: ilse.Saar@lsvd.de

ILSE West

Guido Meurers
Tel.0 24 72 - 91 21 55
E-Mail: ilse.west@lsvd.de

ILSE Mittelhessen

Elisabeth, H.C. Miersch
Postfach 17 03 41, 60077 Frankfurt/M.
Tel. 069 – 945 496 16, Fax. 069 – 945 496 15
E-Mail: ilse.mittelhessen@lsvd

Regionalgruppen OST

ILSE Berlin-Brandenburg

Claudia Minossi
Tel. 0 30 - 44 00 82 40, Fax. 0 30 - 44 00 82 41
E-Mail: ilse-Berlin-Brandenburg@lsvd.

Jugend-Gruppen

LSVD fresh Köln

Pipinstraße 7, 50667 Köln
T. 0221-2584854, F. 0221-92596111,
eMail: fresh-koeln@lsvd.de
Internet: http://fresh-koeln.lsvd.de

Comeln

Walther-Rathenau-Straße 31, 39106 Magdeburg
(Postanschrift), T. 0391-5432569,
F. 0391-5432569, eMail: comein.fresh@lsvd.de,
Internet: http://comein-fresh.lsvd.de

Hotpänz

Am Frankenbad 5, 53111 Bonn (Postanschrift),
eMail: info@hotpaenz.de
Internet: http://www.hotpaenz.de

LesBiSchwule Jugendgruppe

Münzgasse 29, 78462 Konstanz
eMail: lesbischwule-jugendgruppe@web.de

Mixed Pickles

Halkettstraße 11, 30165 Hannover (Postanschrift),
T. 0511-3355118, F. 01212-533781936,
eMail: info@mixed-pickles.net, Internet:
http://www.mixed-pickles.net

Mosquitos

Braunschweiger Straße 23, 44145 Dortmund
(Postanschrift),
eMail: mosquitos@kcr-dortmund.de, Internet:
http://www.kcr-dortmund.de/mosquitos

Osnaboys

Postfach 32 52, 49022 Osnabrück (Postanschrift)
T. 0700-67622697, F. 0700-67622697,
eMail: mail@osnaboys.de
Internet: http://www.osnaboys.de

RainbowStars

Postfach 2102, 79511 Lörrach (Postanschrift),
eMail: mail@rainbowstars.de Internet:
http://www.rainbowstars.de

Revierjungs

Husemannstraße 39-41, 45879 Gelsenkirchen,
eMail: team@schwul-ev.de
http://www.schwul-ev.de

Turtles

Eulenstraße 5, 38114 Braunschweig
(Postanschrift),
T. 0531-2335193, eMail: Turtles.BS@gmx.net,
Internet: http://www.turtles-bs.de

Youngs

Schaumburgstraße 11, 48155 Münster
(Postanschrift), T. 0251-6068925
eMail: contact@youngs.de, Internet:
http://www.youngs.de

Migranten-Gruppen

TürkGay & Lesbian LSVD

post@tuerkgay.com
www.tuerkgay.com

TürkGay & Lesbian Berlin

c/o LSVD Landesverband Berlin-Brandenburg
Willmannsdamm 8, 10827 Berlin
Tel.: 030 – 789 54 773
tuerkgay-berlin@lsvd.de

TürkGay & Lesbian NRW

c/o LSVD Landesverband NRW
Pipinstr.7, 50667 Köln
Tel.: 0221-925 961 - 0
post@tuerkgay.com

ERMIS –

Griechische Lesben und Schwule im LSVD
www.ermis.de

ERMIS Berlin

c/o LSVD Landesverband Berlin-Brandenburg
Willmannsdamm 8, 10827 Berlin
Tel.: 030 - 44 00 82 40
ermis-berlin@lsvd.de

ERMIS NRW

c/o LSVD Landesverband NRW
Pipinstr.7, 50667 Köln
Tel.: 0221-925 961 - 0
greekgay.koeln@ermis.de (Nikos)
greeklesbian.koeln@ermis.de (Eleni)

ERMIS München

c/o Sub, Müllerstr. 43, 80469 München
Tel.: 0172-18 63 576
greekgay.muenchen@ermis.de
greeklesbian.muenchen@ermis.de



In diesem Jahr steht eine wichtige Gesetzesänderung zur Entscheidung an: das Antidiskriminierungsgesetz! Kurz gefasst dürfen Personen aufgrund Ihrer Nationalität, Hautfarbe oder Sexualität im öffentlichen, privatem und wirtschaftlichen Bereich nicht diskriminiert werden. Dies hat weitreichende Folgen – hier einige Beispiele: Vermieter dürfen demnach Ausländer nicht abweisen, Arbeitgeber nicht unterschiedlich entlohnen und Versicherer Schwule nicht ablehnen. Gerade die Diskriminierung durch Versicherer hat den LSVD und uns sehr beschäftigt, da unzählige Fälle zeigten, dass die Versicherer systematisch ihr Geschäft filtern – Schwule gehörten nicht zur er-

Antidiskriminierungsgesetz – Was wird passieren?

wünschten Zielgruppe! Dies war auch der Grund, warum der LSVD in Zusammenarbeit mit der ComVers GmbH GaySecure und FemSecure – die diskriminierungsfreien Versicherungslösungen für Schwule und Lesben am Markt etabliert hatten. Wird durch die Gesetzesänderung jetzt alles anders? Hoffentlich ja, wahrscheinlich aber nein! Auch mit diesem Gesetz werden die Versicherer ihr Geschäft nach eigenem Gusto selektieren. Ein Argument der Versicherer – gerade im Bereich der Lebens- und Krankenversicherung – wird das HIV-Risiko sein. Hier ist die Versicherungswirtschaft aufgefordert, konkret nachzuweisen, wie hoch das eigentliche HIV-Risiko für die Versicherungswirtschaft ist und wie sich dieses eigentlich wirklich auf die Kalkulationsgrundlagen und Tarife niederschlägt.

Es wird nicht einfach sein, Versicherern konkret Diskriminierungen nachzuweisen, sofern diese nicht auch exakt die Ablehnungsgründe benennen, wozu sie bis dato nicht gezwungen sind. Dennoch: Das Gesetz ist das richtige Zeichen! Nicht die Schwulen und Lesben sind diejenigen, die aus dem Rahmen fallen, sondern die Versicherer, die diskriminieren und sich damit nicht gesetzeskonform verhalten. Und was passiert mit GaySecure und FemSecure? Es ist immer unser Bestreben gewesen, durch intelligente, bedarfsgerechte, flexible und günstige Versicherungslösungen zu überzeugen, auch in Zukunft! Sofern ihr das Empfinden habt, ihr werdet durch Versicherer diskriminiert, meldet Euch beim LSVD oder bei der ComVers GmbH, damit Euch geholfen werden kann.

Dein Name.....
Deine Anschrift.....
Telefon.....
Fax.....
eMail.....

Ich möchte gern weitere Infos zu dem Thema

- Hilfe wegen Diskriminierung durch Versicherer
- Infos zum Lebensarbeitszeitkonto

Informationen und Angebote erhaltet Ihr bei:

ComVers GmbH – www.gaysecure.de
Marienthaler Str. 94 • 20535 Hamburg
Tel: 040/298721-0 • Fax: 040/298721-99
eMail: CBrandt@comvers.de

Ovo Maltine



Ovo Maltine: Kabarett-Tunte und Aids-Aktivistin.

Die Berliner Kabarett-Tunte und AIDS-Aktivistin Ovo Maltine ist am 8. Februar 2005 in Berlin gestorben. Ovo wurde 38 Jahre alt – sie erlag einem bösartigen Lymphdrüsentumor im Zusammenhang mit ihrer Aids-Erkrankung. „Ovo“ (Ei), mit bürgerlichem Namen Christoph Josten, hatte 1992 von ihrer HIV-Infektion erfahren.

In den 90er Jahren präsentierte Ovo Maltine Performances und Kabarettprogramme, unter anderem an der Volksbühne am Rosa-Luxemburg-Platz. 1997 gestaltete sie das Rahmenprogramm zur Ausstellung „100 Jahre Schwulenbewegung“ in der Akademie der Künste und führte in dem gleichnamigen Film Rosa von Praunheims durch die schwule Geschichte.

Für Aufsehen sorgte Ovo 1998 mit ihrer Direktkandidatur für den Bundestag. Das Ziel, als erste

bekennende Tunte ins Parlament gewählt zu werden, scheiterte. Die 534 erhaltenen Stimmen seien jedoch mehr, als Menschen in ihrem rheinischen Heimatdorf Rech an der Ahr lebten, freute sich Ovo Maltine nach der Wahl. „Dort wäre ich jetzt also Bürgermeisterin“.

In seinem Film „Tunten lügen nicht“ (2001) portraitierte Praunheim Ovo Maltine und ihre zeitweiligen Mitbewohnerinnen Ichgola Androgyn, Bev StroganoV und Tima die Göttliche. Mit dem Film gingen die Tunten auf Tournee bis in das nicht besonders schwulenfreundliche Taiwan, wo sie für Safer Sex warben und von den lokalen Medien wie Super-Stars gefeiert wurden.

Mit Christoph Josten verliert die Lesben- und Schwulenbewegung eine Tunte mit Herz, Humor und Verstand. Machs gut, Ovo!

Alexander Zinn

Udo Kelch

Am 31. Januar 2005 starb überraschend Pfarrer Udo Kelch, der nicht nur für die ökumenische Arbeitsgruppe „Homosexuelle und Kirche“ (HuK) eine wichtige und prägende Persönlichkeit war. Am 5. April dieses Jahres wäre er 75 Jahre alt geworden.

Udo Kelch, der bis zu seiner Pensionierung als Studienleiter in der Ausbildung für evangelische Religionslehrer tätig war, kam 1977, nach dem evangelischen Kirchentag in Berlin, zu der damals gerade gegründeten HuK. Dies war sein Schritt in die kirchliche Öffentlichkeit als homosexueller Christ, und er hat ihn sehr bewusst getan.

Ihm war es wichtig, dass schwule und lesbische Christinnen und Christen aus dem Doppelleben heraustreten können, zu dem sie bis dahin verurteilt waren oder sich selbst verurteilten. Kelch forderte mehr als nur Toleranz, er verlangte Akzeptanz. Mit all seinen Fähigkeiten und Begabungen setzte er sich von Anfang an für die Arbeit der HuK ein, bei den Mitgliederversammlungen, den Evangelischen Kirchentagen und Katholikentagen, bei den regionalen Gruppentreffen.

Udo Kelch hat die HuK in seiner Weise geprägt, mit seiner Person, seiner theologischen Argumentation und mit seiner Gestalt. Er übernahm das kleine Informationsblättchen der HuK, das am Anfang ein kümmerliches Dasein fristete, und machte daraus das HuK-Info, das weit über den Charakter einer Vereinszeitung hinausgeht und umfassend



Udo Kelch: Redakteur des HUK-Info.

den jeweiligen Stand der Diskussion über Homosexualität besonders in den Kirchen dokumentiert. Erst der Tod hat ihm nun diese Aufgabe aus der Hand genommen.

In seinem Engagement als leitender Redakteur bewies Udo Kelch, dass sein Interesse sich nicht nur auf die Anliegen der HuK einengte. Ihm war klar, dass Erfolge im Kampf um die Akzeptierung von Schwulen und Lesben in den Kirchen nur zusammen mit der gesamten Schwulen- und Lesbenbewegung erreicht werden konnten, ohne deshalb die eigene Identität als christlich-kirchliche Gruppe aufzugeben.

Es war ein elementares Anliegen von Udo Kelch, dass das „K“ im Namen der HuK nicht zu kurz komme. „Wir sind keine Gruppe neben der Kirche“, sagte er, „sondern eine Gruppe in der Kirche, aber mit einer besonderen Ausrichtung“. Diese bestand nach seiner Auffassung nicht nur darin, dass hier Christen und Christinnen zusammenkommen, für die Schwul- oder Lesbischsein etwas Selbstverständliches ist, sondern auch darin, dass hier gewissermaßen basishaft gelebt und praktiziert werden kann, was sonst in den Kirchen immer noch Schwierigkeiten bereitet: die Ökumene von Christen unterschiedlicher Konfession, besonders von Protestanten und Katholiken.

Gottesdienste zu feiern machte ihm immer besondere Freude, diese sollten festlich sein und auch nach der Ordnung. Udo Kelch legte Wert darauf, die Verbindung zur jahrtausendealten Tradition christlichen Glaubens und kirchlicher Praxis nicht aufzugeben. Gleichzeitig war es ihm wichtig, die Gottesdienste konfessionsübergreifend zu halten und die Teilnahme am Abendmahl allen zu ermöglichen. Er war ein aktiver Repräsentant des ökumenischen Gedankens und der praktizierten Ökumene in der HuK.

Sein Tod ist für die ökumenische Arbeitsgruppe „Homosexuelle und Kirche“, aber auch für die gesamte Schwulen- und Lesbenbewegung ein großer Verlust. Udo Kelch hat sich für alle verdient gemacht.

Eckehard Kunz

diskriminiert?
beleidigt?
bedroht?
beraubt?
Mann, ruf an!
Köln 19228

**Schwules
Überfalltelefon
Köln 19 228**

**Wir beraten dich.
Wir vermitteln Hilfen.
Wir sammeln die
Meldungen zur Gewalt.
- auch im Internet:**

www.koeln19228.de



Leben, Schwule und ihre Kinder



Ich find's cool,
Papa ist schwul.
Ich find's schlau,
Mama liebt`ne Frau.

**KIDS AUS
REGENBOGEN-
FAMILIEN
CHATTEN**

www.kids.lsvd.de

**Beratung für
Regenbogenfamilien**
Tel. (0221) 92 50 61-26
Family@lsvd.de
LSVD-Projekt
"Regenbogenfamilien" e.V.
Hilfenstraße 7, 50474 Köln
www.lsvd.de

Die taz gratuliert dem Lesben- und Schwulenverband zum 15. Geburtstag!



Testen Sie die taz, 5 Wochen inklusive einer Ausgabe der deutschsprachigen *Le Monde diplomatique*. Für 15 Euro

abo@taz.de | www.taz.de
T(030) 25902590 | F(030) 25902680



*OHNE VOLLSTÄNDIGE GLEICHBERECHTIGUNG
FEHLT EIN STÜCK ZUM GLÜCK.*

**WIR KÄMPFEN
FÜR GLEICHES
RECHT!**



Lesben- und Schwulenverband

**TRITT EIN IN
LSVD-DEIN TICKET ZUR GLEICHBERECHTIGUNG!
DEN LSVD!
MITMACHEN
LOHNT SICH!**



www.lsvd.de
lsvd@lsvd.de · LSVD · POSTFACH 103414 · 50474 KÖLN

**Wollen Sie unsere Arbeit dauerhaft unterstützen?
Dann werden Sie Mitglied im LSVD!**

Aufnahmeantrag

Ja, ich möchte alles über den LSVD wissen.
 Ja, ich trete in den LSVD ein.
Programm und Satzung erkenne ich an.
Ich zahle einen monatlichen Beitrag* von
 8 € 15 € 30 € _____ €

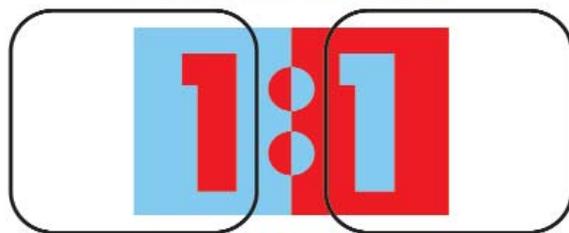
*Monatlicher Regelbeitrag 8 €, für Nichtverdiener/innen 2,50 €

Einzugsermächtigung
Mein Mitgliedsbeitrag soll viertel-/halb-/jährlich von meinem Girokonto abgebucht werden.
Diese Einzugsermächtigung kann jederzeit widerrufen werden.

Konto-Nr.: _____ BLZ: _____
bei Geldinstitut: _____
Kontoinhaber/in: _____
Name: _____
Anschrift: _____
Geburtsdatum: _____
Tel.: _____ Fax: _____
E-Mail: _____
Ort, Datum, Unterschrift: _____

Ausfüllen und ab die Post an:
LSVD e. V., Postfach 103414, 50474 Köln, Fax (0221) 925961-11

AKTION-EINSZUEINS.DE



• act for equality •

**WIR POCHEN AUF GLEICHE RECHTE
FÜR LEBENSPARTNERSCHAFTEN!**

**GLEICHE PFLICHTEN,
GLEICHE RECHTE.
NUR DAS IST FAIR!**



HELLA VON SINNEN

Es geht um Akzeptanz,
nicht Toleranz!



OLIVIA JONES

Es gibt keinen Grund
hier irgendetwas zu
diskutieren. Gleiches
Recht für alle!



GÜNTER GRASS

Gleiche Pflichten, gleiche
Rechte. Nur das ist fair!

Spendenkonto der Aktion 1:1
Konto 1414
Bank für Sozialwirtschaft
BLZ 370 205 00



Lesben- und Schwulenverband

Postfach 103414 • 50474 Köln
lsvd@lsvd.de

www.aktion-1zu1.de
www.lsvd.de